



Wetzlar, 13.11.2019

EINLADUNG

Gremium	Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses
Sitzung Nummer	6/2006-2011
Datum	28.02.2007
Uhrzeit	13:30 (Vorgesehene Fortsetzung der Sitzung am 01.03. entfällt)
Ort	Großer Sitzungssaal, Wetzlar
Sitzung	öffentlich

TAGESORDNUNG

TOP 1:

Anerkennung der Niederschrift über die 4. Sitzung am 05.12.2006

TOP 2:

Berichtswesen Kernverwaltung; Zwischenbericht 4. Quartal 2006

Drucksache 67/2007

TOP 3:

4. Wirtschaftsbericht der Lahn-Dill-Akademie vom 01.10. - 31.12.2006

Drucksache 66/2007

TOP 4:

4. Wirtschaftsbericht der Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill vom 01.10. - 31.12.2006

Drucksache 56/2007

TOP 5:

4. Wirtschaftsbericht der "Grube Fortuna" vom 1.10. - 31.12.2006

Drucksache 58/2007

TOP 6:

4. Quartalsbericht 2006 der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen mbH (GWAB)

Drucksache 68/2007

TOP 7:

3. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Drucksache 69/2007

TOP 8:

4. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Drucksache 70/2007

TOP 9:

Entwurf Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan;
hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 59/2007

TOP 10:

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises mit Anlagen sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr 2007;

1. Wirtschaftspläne für das Wirtschaftsjahr 2007
 - a) des Eigenbetriebes Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD)
 - b) des Eigenbetriebes Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung
 - c) des Eigenbetriebes Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ (**Drucksache 52/2007**)
2. Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 - 2010
3. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007
4. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzepts des Lahn-Dill-Kreises - Fortschreibung 2007 -

Drucksache 8/2007 - 1

TOP 11:

Kreditvertragliche Fixierung eines weiteren Kassenkredites als Kommunalkredit über insgesamt 30 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren
Drucksache 47/2007

TOP 12:

Durchführung von Arbeitsanforderungsbewertungen
(Die Beratungsunterlagen sind mit der Einladung zur letzten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses versandt worden)

TOP 13:

Verschiedenes

Parkmöglichkeiten stehen Ihnen auf dem Bedienstetenparkplatz der Kreisverwaltung zur Verfügung.

Den beiliegenden Antrag auf Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit wollen Sie bitte ausgefüllt in der Sitzung abgeben.

Beglaubigt:

gez. Hartmut Müller
Ausschussvorsitzender

Biehl-Schneider
Büro der Kreisorgane

Wetzlar, 13. März 2007

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses
Sitzung Nummer	6/2006-2011
Datum	28.02.2007
Sitzungsbeginn	13:30
Sitzungsende	16:30
Ort	Großer Sitzungssaal, Wetzlar

Teilnehmer/innen

FUNKTION	NACHNAME, VORNAME	IN VERTRETUNG FÜR	FRAKTION
Vorsitzender	Müller, Hartmut		CDU
Ausschussmitglied	Anschütz, Hans-Günter		FWG
Ausschussmitglied	Beer, Alexander		CDU
Ausschussmitglied	Beimborn, Regina		SPD
Ausschussmitglied	Bender, Matthias		CDU
Ausschussmitglied	Benner, Hans		SPD
Ausschussmitglied	Egler, Beatrix		SPD
Ausschussmitglied	Förster, Eckehard		SPD
Ausschussmitglied	Fünfsinn, Anja		CDU
Ausschussmitglied	Hartert, Holger		SPD
Ausschussmitglied	Rompf, Manfred		Bgo/DieGrünen
Ausschussmitglied	Schmidt, Joachim		FDP

Ausschussmitglied	Valet, Axel		FWG
Ausschussmitglied	Hüsken, Wilfried	<i>Jörg-Michael Müller</i>	CDU
es fehlt entschuldigt	Kreck, Matthias Gerhard		CDU
es fehlt entschuldigt	Müller, Jörg Michael		CDU
Kreistagsabgeordneter	Lenzen, Jürgen		CDU
Mitglied des Ältestenrates	Esch, Roland		FWG
Mitglied des Ältestenrates	Froneberg, Walter		SPD
Mitglied des Ältestenrates	Hartmann, Anke		SPD
Mitglied des Ältestenrates	Hensgen, Christel		SPD
Mitglied des Ältestenrates	Kornmann, Sigrid		FDP
Mitglied des Ältestenrates	Ludwig, Jörg		FWG
Mitglied des Ältestenrates	Müller, Elisabeth		CDU
Mitglied des Ältestenrates	Steinruck, Dieter		CDU
Landrat	Schuster, Wolfgang		SPD
Erster Kreisbeigeordneter	Hofmann, Wolfgang		FWG
Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter	Wegricht, Roland		SPD
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter	Kaufmann-Ohl, Günther		Bgo/DieGrünn
Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete	Hilk, Helene		SPD
Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete	Landau, Ursula		CDU
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter	Jackel, Hans		CDU

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter	Reinschmidt, Wolfgang	FWG
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter	Weber, Bernd	FWG
Schriftführerin	Biehl-Schneider, Marina	
Von der Verwaltung	Chil, Julia	
Von der Verwaltung	Cloos, Karl	
Von der Verwaltung	Gail, Reiner	
Von der Verwaltung	Granzer, Ulrike	
Von der Verwaltung	Heege, Rupert	
Von der Verwaltung	Jochem, Ulrich	
Von der Verwaltung	Koob, Thomas	
Von der Verwaltung	Kreuter, Andreas	
Von der Verwaltung	Kröckel, Dieter	
Von der Verwaltung	Lein, Hans-Martin	
Von der Verwaltung	Neumann, Dieter	
Von der Verwaltung	Orth, Manfred	
Von der Verwaltung	Peter, Thomas	
Von der Verwaltung	Reese, Rüdiger	
Von der Verwaltung	Schäfer, Joachim	
Von der Verwaltung	Schreiner, Klaus	
Von der Verwaltung	Schulz, Helmut	
Von der Verwaltung	Strack-Schmalor, Reinhard	
Von der Verwaltung	Stumpf, Hans-Joachim	
Von der Verwaltung	Wagner, Manfred	

Tagesordnung

TOP 1

Anerkennung der Niederschrift über die 4. Sitzung am 05.12.2006

TOP 2

Berichtswesen Kernverwaltung; Zwischenbericht 4. Quartal 2006
Drucksache 67/2007

TOP 3

4. Wirtschaftsbericht der LDA 01.10. - 31.12.2006
Drucksache 66/2007

TOP 4

4. Wirtschaftsbericht AEWLD vom 01.10. - 31.12.2006
Drucksache 56/2007

TOP 5

4. Wirtschaftsbericht vom 1.10. - 31.12.2006 der "Grube Fortuna"
Drucksache 58/2007

TOP 6

4. Quartalsbericht 2006 der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildungs- und
Beschäftigungsinitiativen mbH
Drucksache 68/2007

TOP 7

3. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Drucksache 69/2007

TOP 8

4. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Drucksache 70/2007

TOP 9

Entwurf Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan;
hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 59/2007

TOP 10

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises mit Anlagen sowie der
Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr
2007;

1. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD),
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk
„Grube Fortuna“ für das Wirtschaftsjahr 2007
2. Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 - 2010
3. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das
Haushaltsjahr 2007
4. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzepts des Lahn-Dill-Kreises
- Fortschreibung 2007 -

Drucksache 8/2007-1

TOP 11

Kreditvertragliche Fixierung eines weiteren Kassenkredites als Kommunalkredit über insgesamt 30 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren
Drucksache 47/2007

TOP 12

Durchführung von Arbeitsanforderungsbewertungen

TOP 13

Verschiedenes

Ausschussvorsitzender H. Müller eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er macht darauf aufmerksam, dass die Tagesordnung um die Punkte 2 – 8 nachträglich ergänzt wurde. Der bisherige Tagesordnungspunkt 2 und die Folgenden verschieben sich entsprechend. Bei der Ergänzung der Tagesordnung handelt es sich um die Quartalsberichte, die wie in der vorherigen Sitzung des HFO besprochen, zeitnah behandelt werden sollen.

Im Anschluss an die Quartalsberichte der Eigenbetriebe werden die jeweiligen Haushaltspläne beraten.

Er geht auf das Schreiben von Landrat Schuster zu dem 4. Quartalsbericht der Kernverwaltung ein, in welchem gebeten wird, Fragestellungen zu dem Quartalsbericht im Vorfeld schriftlich oder per Mail an das Büro der Kreisorgane bis spätestens 3 Tage vor der Ausschusssitzung einzureichen. Diese Verfahrensweise hält er für nicht praktikabel. Fragestellungen sollten in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses erfolgen.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, sie gilt somit als genehmigt.

Als Tischvorlagen wurden verteilt:

1. Die Zusammenstellung der Änderungsanträge zum Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007,
2. Eine Liste der Änderungen und Ergänzungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007 (mit den eingearbeiteten Änderungen des Kreisausschusses) sowie
3. Ein Antrag der CDU-Fraktion zum Haushaltssicherungskonzept 2007.
4. Der 4. Quartalsbericht der Lahn-Dill-Kliniken GmbH (Drucksache Nr. 70/2007).

Die Protokollierung erfolgt der besseren Übersicht halber in der Reihenfolge der angegebenen Tagesordnungspunkte.

Zu TOP 1

Anerkennung der Niederschrift über die 4. Sitzung am 05.12.2006

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben, sie gilt somit als genehmigt.

Zu TOP 2

Berichtswesen Kernverwaltung; Zwischenbericht 4. Quartal 2006
Drucksache 67/2007

Frau Müller interessiert, warum die auf Seite 7 aufgeführten Erlöse aus den Verkäufen Philosophenweg 11 und Leipziger Straße 9 in Albshausen nicht zur Schuldentilgung verwendet werden. Nach ihrer Kenntnis ist dies vorgeschrieben. Da das Geld anderweitig verplant ist, möchte sie wissen, ob diesbezüglich Schwierigkeiten mit dem Regierungspräsidenten zu erwarten sind.

Laut **Landrat Schuster** wird dies mit dem Regierungspräsidenten noch zu klären sein.

Herr Kröckel ergänzt, dass der von Frau Müller angesprochene Erlass des Innenministeriums aus dem Jahr 2003 für den Lahn-Dill-Kreis nicht unmittelbar gilt, da er für Kommunen mit kameraler Rechnungslegung ausgelegt ist. Es ist allerdings im Kontext des Erlasses auch nicht vorgesehen, dass die im Zwischenbericht ausgewiesenen außerordentlichen Erträge nunmehr zur Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen verwendet werden sollen. Es werden lediglich die im Rahmen der Deckungsfähigkeit die aus Vorjahren noch verfügbaren Planansätze für die Instandhaltung des Gebäudes Philosophenweg zur Finanzierung der Kreishaussanierung herangezogen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass der 4. Quartalsbericht der Kernverwaltung **zur Kenntnis genommen** wird.

Zu TOP 3

4. Wirtschaftsbericht der Lahn-Dill-Akademie 01.10. - 31.12.2006
Drucksache 66/2007

Der 4. Quartalsbericht der Lahn-Dill-Akademie (Drucksache Nr. 66/2007) wird **zur Kenntnis genommen**.

Teil des Tagesordnungspunktes 10:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung für das Wirtschaftsjahr 2007 zu und empfiehlt dem Kreistag, diesen so zu beschließen.

Dem Entwurf des Wirtschaftsplanes wird bei 3 Stimmenthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Zu TOP 4

4. Wirtschaftsbericht AEWLD vom 01.10. - 31.12.2006
Drucksache 56/2007

Der 4. Quartalsbericht der Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill wird **zur Kenntnis genommen**.

Teil des Tagesordnungspunktes 10:

Wirtschaftsplan Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill-Kreis

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes Abfall- und Energiewirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2007 zu und empfiehlt dem Kreistag eine entsprechende Beschlussfassung.

Dem Entwurf des Wirtschaftsplanes wird bei 7 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Zu TOP 5

4. Wirtschaftsbericht vom 1.10. - 31.12.2006 der "Grube Fortuna"
Drucksache 58/2007

Der 4. Wirtschaftsbericht der „Grube Fortuna“ wird **zur Kenntnis genommen**.

Teil des Tagesordnungspunktes 10:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Besucherbergwerk „Grube Fortuna“

Herr Steinruck beantragt für die CDU-Fraktion, die Investition mit einem Sperrvermerk zu versehen, zumal im zuständigen Fachausschuss beantragt wurde, bis zum Jahre 2010 bzw. 2014 ein Konzept zu entwickeln.

Ausschussvorsitzender H. Müller lässt über den **Antrag der CDU-Fraktion** abstimmen:

Dem Antrag wird bei 8 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Ausschussvorsitzender H. Müller ergänzt, dass der Sperrvermerk durch den Kreistag aufgehoben werden sollte.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ für das Wirtschaftsjahr 2007 abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes Besucherbergwerk Grube Fortuna für das Wirtschaftsjahr 2007 in der vom Kreisausschuss mit Drucks. Nr. 52/2007 vorgelegten Neufassung zu und empfiehlt dem Kreistag, diesen in dieser Form zu beschließen.

Dem Entwurf des Wirtschaftsplanes wird bei 6 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt.**

Zu TOP 6

4. Quartalsbericht 2006 der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen mbH
Drucksache 68/2007

Frau Müller interessiert, warum die Geschäftsführung für das Jahr 2007 wiederum 40.000 Euro einplant, obwohl seit einigen Jahren durch die Aufgaben der „Hartz-IV-Empfänger“ höhere Gewinne eingefahren werden. Nach ihrer Auffassung sollte man sich der Realität stellen und entsprechend den Tatsachen planen, zumal die Ergebnisse nicht in den Haushalt des Lahn-Dill-Kreises fließen, sondern als Rücklagen in der Gesellschaft aufgebaut werden. Man sollte anstreben, die Zuschüsse des Kreises mehr abzubauen als derzeit vorgesehen.

Herr Cloos erklärt hierzu, dass die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr sehr positiv war, aus diesem Grund wurde vorgeschlagen, den Gesellschafterzuschuss entsprechend anzupassen. Für das Jahr 2007 ist seitens der Geschäftsführung der Lahn-Dill-Arbeit mitgeteilt worden, dass die Mittel für den Eingliederungszuschuss „SGB II– Arbeitsgelegenheiten“ gekürzt wurden. Die Kürzung muss mit ca. 20 % in die Arbeitsgelegenheiten hinein transportiert werden.

Laut **Frau Müller** kann im Nachhinein erst festgestellt werden, was an Überschuss vorhanden ist. Man hat im Aufsichtsrat bisher noch nicht den Mut gefunden, Rücklagen in der Höhe anzusammeln, dass an den Kreis ausgeschüttet werden kann. Gegenüber dem Regierungspräsidium wird ein „negativer“ Haushalt präsentiert, in diesem Teilbereich werden Rücklagen angesammelt, die beim Lahn-Dill-Kreis unter Umständen benötigt werden. Sie regt an, die Zeitmechanismen in dieser Angelegenheit zu verbessern.

Herr Cloos erklärt, wenn festgestellt wird, dass die GWAB die Kosten in eigener Regie tragen kann, wird der Gesellschafterzuschuss nicht angefordert.

Frau Müller entgegnet, dass der Gesellschafterzuschuss in der Vergangenheit immer angefordert wurde.

Herr Cloos erinnert, dass der Gesellschafterzuschuss von 317.000 Euro auf 190.000 Euro heruntergeschraubt wurde. In dem vergangenen Haushaltsjahr wurde er für das 4. Quartal nicht angefordert. Für 2007 ist bereits eine andere Regelung vorgesehen.

Frau Beimborn weist darauf hin, dass es aufgrund der „Hartz IV-Gesetzgebung“ bei der GWAB nicht möglich war, nach der von Frau Müller vorgeschlagenen Weise vorzugehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass der 4. Quartalsbericht der GWAB **zur Kenntnis genommen** wird.

Zu TOP 7

3. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Drucksache 69/2007

Beratung erfolgt zusammen mit TOP 8.

Zu TOP 8

4. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH
Drucksache 70/2007

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann erklärt, dass der 4. Quartalsbericht der Lahn-Dill-Kliniken GmbH als vorläufiger Jahresabschluss vorliegt. Erfreulich ist, dass ein -wenn auch nicht überwältigender-, so doch positiver Abschluss vorgelegt werden kann. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Hochwasserschaden in 2006.

Frau Müller bittet, der besseren Übersicht wegen künftig Planzahlen und Rechnungsergebnis nebeneinander aufzuführen. Sie interessiert, warum die „sonstigen betrieblichen Erträge“ so massiv gestiegen sind. Geplant waren 9,4 %, tatsächliche Zahl ist 12 %.

Herr Kreutzer erklärt dies damit, dass die Leistungen der Apotheke außerplanmäßig gestiegen sind.

Herr Schmidt sieht die Quartalsberichte der Kliniken im Vergleich zu denen der anderen Eigenbetriebe als stark abfällig an. Aus den von Herrn Dworaczek erstellten Quartalsberichten sind z. B. bestimmte Risiken erkennbar. Die Quartalsberichte der Lahn-Dill-Kliniken GmbH hält er für wenig aussagekräftig.

Herr Bender stimmt Herrn Schmidt zu. Er geht davon aus, wenn der Plan für 2007 erstellt wird, wird vom „Ist“ aus 2006 ausgegangen, nicht von der Planung für 2006. Somit ist die Erklärung, dass die Steigerung in 2006 durch die Apotheken entstanden ist, für ihn nicht befriedigend.

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann erklärt, dass sich die Angelegenheit im Apothekenbereich sehr sprunghaft entwickelt. Das hängt damit zusammen, dass die Apotheken der Lahn-Dill-Kliniken viele andere Häuser beliefern, wozu Verträge geschlossen werden müssen.

Frau Müller geht auf den dem Haushaltsplan anhängenden „voraussichtlichen Erfolgsplan der Lahn-Dill-Kliniken für 2007“ ein. Im vergangenen Jahr wurde ein voraussichtliches Erfolgsergebnis von 50.000 Euro geplant, jetzt ist ein Minus von 513.000 Euro geplant. Sie bittet, dies kurz zu erläutern.

Herr Kreutzer erklärt, dass der Erfolgsplan im Sommer 2006 erstellt wurde. Die damaligen Grundlagen, insbesondere die Ankündigung der Bundesregierung, im Rahmen der Gesundheitsreform den Krankenhäusern einen Solidarbeitrag von 1,5 % (für die Lahn-Dill-Kliniken ca. 1,4 – 1,5 Mill. €) aufzuerlegen, zudem die außerordentliche Steigerung der Personalkosten aufgrund der Tarifergebnisse für die Mitarbeiter im Tarifbereich des TVöD ließen die Planung eines positiven Jahresergebnisses nicht zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass der 3. und der 4. Quartalsbericht der Lahn-Dill-Kliniken GmbH **zur Kenntnis genommen** werden.

Zu TOP 9

Entwurf Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan;
hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 59/2007

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, stellt **Ausschussvorsitzender H. Müller** fest, dass die Drucksache Nr. 59/2007 **zur Kenntnis genommen** wird.

Zu TOP 10

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises mit Anlagen sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr 2007;

1. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD), Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ für das Wirtschaftsjahr 2007
2. Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 - 2010
3. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007
4. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzepts des Lahn-Dill-Kreises - Fortschreibung 2007 -

Drucksache 8/2006 – 1

Landrat Schuster erklärt, dass die vorliegende Liste „Änderungen und Ergänzungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007“ am 10. Januar 2007 vom KA beschlossen wurde.

Ausschussvorsitzender Müller lässt über die Liste

Änderungen und Ergänzungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007

beraten.

Zu Seite 5 der Änderungsliste vom 10.01. – Änderungen Investitionsprogramm – möchte **Frau Müller** wissen, was bei VE (Verpflichtungsermächtigungen) unter der aufgeführten Teilnahme am EU-Förderprogramm zur Unterstützung von Betriebsgründungen im Lahn-Dill-Kreis geplant ist.

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann erklärt, dass das frühere sogenannte „Ziel-Zwei-Gebiet“ der EU-Förderung auf ganz Hessen ausgeweitet wurde. Wenn sich der Lahn-Dill-Kreis daran beteiligen möchte, setzt das voraus, dass ein Beitrag geleistet wird. Dadurch besteht die Möglichkeit der Beteiligung an dem Fond zur Förderung von Unternehmensgründungen.

Frau Müller erinnert an die seitherige Argumentation, dass dies für den Lahn-Dill-Kreis keinen Sinn mache.

Laut **Ersten Kreisbeigeordneter Hofmann** umfasste das „Ziel-Zwei-Gebiet“ bis zum vergangenen Jahr lediglich Wetzlar und Gießen, und wurde jetzt hessenweit ausgeweitet. Somit kommt die EU-Förderung dem gesamten Kreis zugute. Es wird ein einmaliger Beitrag in Höhe von 250.000 Euro in den Fond eingebracht.

Landrat Schuster erklärt beziehungsweise auf EU-Förderungen zu Seite 1 der Änderungsliste, Teilhaushalt 24, dass zu dem genannten Betrag von 21.271 Euro die Einnahmen auf 70 % erhöht wurden. Es wird künftig lediglich noch 3 Fonds geben: Einen Fond für die regionale Entwicklung, einen europäischen Sozialfond und einen dritten Fond, aus dem Direktzahlungen an Landwirte erfolgen werden. Nach den Richtlinien des Landes und der EU bedarf es eines regionalen Entwicklungskonzeptes, um die Zuschüsse zu erhalten. Dieses regionale Entwicklungskonzept muss bis zum 31.08. dieses Jahres erstellt sein. Der Kreisausschuss hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, hierzu eine Lenkungsgruppe einzurichten.

Herr Beer interessiert, wer Absender des laut Landrat Schuster vor ca. 3 -4 Wochen eingegangenen Schreibens war.

Landrat Schuster antwortet, die IBH-Bank als EU-Zahlstelle.

Herr Reese ergänzt, dass der Zuschuss der IBH-Bank von 70 % am 20.02 zugesagt wurde.

Ausschussvorsitzender H. Müller lässt über die
„Zusammenstellung der Änderungsanträge zum Entwurf der Haushaltssatzung
und des Haushaltsplanes des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007“
beraten.

Landrat Schuster erklärt die einzelnen Anträge des Kreisausschusses und des Landrates.

Zu Antrag Nr. 7 der Koalitionsfraktionen erklärt **Herr Rompf**, dass die im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage um nochmalige 0,25 % nicht umgesetzt werden sollte. In diesem Zusammenhang verweist er auf ein Schreiben des Hessischen Innenministers an die Städte und Gemeinden, in welchem mitgeteilt wird, dass das Regierungspräsidium gebeten wurde, die kreisangehörigen Kommunen nicht durch aufsichtsbehördlich veranlasste Hebesatzerhöhungen zusätzlich finanziell unter Druck zu setzen. Die Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleichs sollten abgewartet und bewertet werden.

Landrat Schuster erklärt, dass die 0,25 %-ige Erhöhung der Kreisumlage aufgrund der Verfügung des Regierungspräsidiums eingebracht wurde.

Frau Müller erinnert, dass von Beginn an bekannt war, dass die Kreisumlage um diese 0,25 % angehoben werden soll. Auch in der Einbringungsrede des Landrates zum Haushaltsplan wird diese Erhöhung begründet.

Herr Rompf bestätigt, dass der Kreisausschuss den Entwurf dargestellt und aufgrund der Auflagen des Regierungspräsidenten auch begründet hat. Die Koalitionsfraktionen kommen allerdings zu dem politischen Entschluss, dass dies anders gesehen werden muss.

Frau Hartmann bittet, sich die Rechnungsgrundlage anzusehen, die die Landesgesetzgebung den Kommunen auferlegt.

Herr Beer sieht hier einen Schlingerkurs der Koalitionsfraktionen. Die CDU-Fraktion wird bei diesem Kurs nicht mitmachen.

Herr Schmidt erinnert, dass in dem Vorbericht zum Haushalt die Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes beschrieben sind. Es handelt sich um zwei verschiedene Dinge, das eine ist der vom Landrat und Kreisausschuss eingebrachte Haushaltsentwurf, das andere ein Antrag von Fraktionen. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen, zumal sie der Anhebung der Kreisumlage seinerzeit nicht zugestimmt hat.

Herr Steinruck erinnert, dass die Opposition in den vergangenen Jahren immer wieder aufgefordert wurde, bei Anträgen mit finanziellen Auswirkungen Gegenfinanzierungen vorzuschlagen. In dem der Fehlbedarf erhöht wird, handelt es sich um eine sehr einfache Gegenfinanzierung.

Dem Vorschlag von **Landrat Schuster**, die Anträge 1 – 6 „en Bloc“ abstimmen zu lassen, wird nicht zugestimmt.

Ausschussvorsitzender H. Müller lässt somit über die Anträge einzeln abstimmen.

Antrag Nr. 1

Dem Antrag wird bei 8 Stimmenthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 2

Dem Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 3

Dem Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 4

Dem Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 5

Dem Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 6

Dem Antrag wird bei 6 Stimmenthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Antrag Nr. 7

Dem Antrag wird bei 6 Gegenstimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Antrag Nr. 8

Herr Steinruck erklärt, dass es bei dem Antrag um die Erhöhung der Zuschüsse um jeweils 5.000 Euro für das Zentrum für Literatur und das Zentrum für Mathematik geht.

Es wird davon ausgegangen, dass beide Zentren dringend zusätzliche Mittel benötigen.

Herr Schmidt und **Frau Kornmann** sind der Auffassung, solange man nicht weiß, wie die Mittel abfließen, sollte keine Erhöhung erfolgen.

Auch **Frau Hartmann** ist der Meinung, dass keine Erfahrungswerte vorliegen.

Herr Wegracht wirft ein, dass Anträge auf Erhöhung von keinem der beiden Zentren vorliegen.

Frau Müller erwidert, dass das Zentrum für Mathematik mitgeteilt hat, dass mehr Anträge vorliegen, als mit den zur Verfügung stehenden Mitteln übernommen werden können. Das Zentrum für Literatur kümmert sich sehr stark um Schüler, mit Leseschwäche, vor allem in sozial schwachen Familien. Das war aus der Zeitung zu entnehmen. Von deren Seite wurde gegenüber der CDU-Fraktion bereits mehrfach mitgeteilt, dass mehr Zuschüsse benötigt werden. Beide Einrichtungen leisten eine hervorragende Arbeit, nicht nur in der Förderung von begabten Schülern, sondern auch bei der Förderung bildungsarmer Schichten.

Frau Hartmann betont nochmals, dass beide Institutionen Möglichkeiten haben, ihre Forderungen einzubringen.

Frau Beimborn erinnert, dass andere Institutionen sich in den jeweiligen Gremien vorgestellt haben. So konnte man sich über deren Arbeit einen Eindruck verschaffen. Sie hätte das auch in diesen beiden Fällen für gut befunden. Sie schlägt vor, im Vorfeld für die Haushaltsplanberatungen des kommenden Jahres so zu verfahren. Für dieses Haushaltsjahr sieht sie keine Möglichkeit auf Erhöhung der Zuschüsse.

Auch **Herr Förster** hält die Tatsache, dass über die Zentren in der Zeitung zu lesen war, für nicht ausreichend. Es hätte seitens der Institutionen ein Antrag gestellt werden müssen, dann hätte man darüber reden können.

Frau Müller entgegnet, dass sie in beiden Zentren persönlich war, was sie auch der SPD-Fraktion empfiehlt.

Herr Steinruck erinnert, dass Informationen in der Zeitung auch bei anderen Angelegenheiten zum Anlass genommen wurden, Entscheidungen zu treffen. Nicht immer haben Institutionen Anträge gestellt. Auch in der Vergangenheit wurde es häufig so gehandhabt, dass sich Fraktionen über Angelegenheiten informieren und entsprechende Anträge einbringen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei 9 Gegenstimmen und 6 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 9

Laut **Frau Müller** ist der CDU-Fraktion nicht klar, warum externe Organisationen bemüht werden sollen. Sie erinnert, dass im Jahr 2000 bei Einführung der Doppik eine umfangreiche Neustrukturierung der Organisation stattgefunden hat.

Herr Rompf erinnert, dass man sich darauf verständigt hat, eine moderne Verwaltung aufzubauen. Dazu wird externer Rat benötigt. Es ist notwendig, dass alle Aufgaben auf den Prüfstand kommen und dann entschieden wird, wie die Verwaltung effizienter gestaltet werden kann.

Herr Schmidt teilt mit, dass die geplante Vorgehensweise von der FDP-Fraktion unterstützt wird. Es geht darum, die vorhandenen Mittel so effizient wie möglich einzusetzen, was unterm Strich zu Einsparungen führen wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen:

Der Antrag wird bei 9 Gegenstimmen und 6 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 10

Frau Müller hält den im Haushalt eingebrachten Ansatz von 25.000 Euro für Mädchenarbeit für zu hoch. Der Betrag resultiert nach ihrer Auffassung aus einer inzwischen überholten Denkweise. In früheren Jahren ist man davon ausgegangen, dass Mädchen stärker gefördert werden müssen, da sie im Berufsleben benachteiligt waren. Die Situation hat sich verändert, inzwischen werden die Jungen zu den Sorgenkindern. Ziel des Antrages ist nicht, die Mädchen zu bestrafen, sondern die Entwicklung im Haushaltsplan widerzuspiegeln. Sie betont, dass die CDU-Fraktion auch damit einverstanden wäre, einen Teil der 27.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu belegen. Es müsste ein neues Konzept von Fachleuten vorgelegt werden.

Frau Hartmann entgegnet, dass es noch immer Bereiche gibt, wo Mädchen eindeutig benachteiligt sind. Einem Antrag, Mittel für „Jungenarbeit“ einzusetzen, hätte die SPD-Fraktion zustimmen können. Einer Streichung der Mittel für „Mädchenarbeit“ kann nicht zugestimmt werden.

Herr Rompf hält es für gut, sich der gesamten Problematik zu stellen. Aus Sicht seiner Fraktion ist es nicht sinnvoll, die eingebrachten Mittel zu reduzieren. Für die Diskussion, neben der Förderung der Mädchenarbeit auch Jungen zu fördern, ist seine Fraktion offen. Es sollte für den nächsten Haushalt überlegt werden, sowohl Mittel als auch Titel zu ändern.

Frau Beimborn erklärt, dass es im Lahn-Dill-Kreis lediglich einen Träger gibt, der diese Arbeit für den Lahn-Dill-Kreis leistet. Um nicht jedes Jahr neu über die Mittel diskutieren zu müssen, wurde ein Konzept erarbeitet. Es wäre notwendig, die Mädchenarbeit auch auf den nördlichen Lahn-Dill-Kreis auszuweiten. In Zukunft wird die Frage lauten, wie viel für geschlechtergerechte Jugendarbeit investiert werden kann. Aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahren muss auch für Jungenarbeit etwas getan werden.

Herr Schmidt sieht durch die Diskussion die Probleme in der Jugendarbeit nicht weniger werden, so dass nach seiner Meinung nicht darüber geredet werden sollte, Geld einzusparen. Der Antrag in der vorliegenden Form kann von seiner Fraktion nicht mitgetragen werden.

Für **Herrn Beer** besteht hier ein altes Rollenbild. Er wiederholt, dass die CDU-Fraktion bereit ist, ihren Antrag zu modifizieren. Unter dem Oberbegriff „geschlechterspezifische Jugendarbeit“ darf es nicht sein, dass lediglich Mädchenarbeit bezuschusst wird.

Laut **Herrn Steinruck** deuten alle Entwicklungen im Bildungswesen darauf hin, dass Mädchen aufgeholt haben. 53 % der Abiturienten sind derzeit Mädchen.

Frau Hartmann geht auf einen Hinweis von Herrn Steinruck ein, dass in den Grundschulen die Führungspositionen überwiegend von Frauen bekleidet werden und erwidert, dass, je weiter man die Pyramide hochklettert, immer weniger Frauen in Führungspositionen zu finden sind.

Frau Beimborn teilt mit, dass auch im Jugendhilfeausschuss diese Diskussion stattfand und sie hält es für sinnvoll, Fachleute heranzuziehen, die die aktuelle Entwicklung erklären können. Sie nennt verschiedene Möglichkeiten, wo man sich Informationen holen kann.

Frau Müller betont, dass der CDU-Fraktion nicht daran gelegen ist, die Mädchenarbeit in Abrede zu stellen. Da aus der Diskussion deutlich wurde, dass keine Möglichkeit besteht, den Betrag von 27.000 Euro zwischen Jungen und Mädchen aufzuteilen, wird der Antrag folgendermaßen umformuliert:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Betrag von 15.000 Euro für die Jungenarbeit in den Haushalt einzustellen. Das Konzept über die geschlechtergerechte Jugendarbeit ist vorzulegen, außerdem wird der Kreisausschuss beauftragt, einen entsprechenden Träger für die Jungenarbeit zu suchen“.

Nach Meinung von **Herrn Ludwig** ist bei den Ausschussmitgliedern die nötige Fachkenntnis nicht vorhanden. Auch der modifizierte Antrag der CDU-Fraktion wird der Sache nach seiner Auffassung nicht gerecht.

Frau Müller erinnert, dass sich eine Anzahl von Kreistagsabgeordneten in der Vergangenheit intensiv mit dem Thema beschäftigt haben.

Frau Beimborn teilt mit, dass ein solcher Auftrag dem Fachausschuss der Jugendhilfeplanung vorliegt, dessen Stellungnahme sollte abgewartet werden. Im Jugendhilfeausschuss hat man sich darauf geeinigt, den für dieses Haushaltsjahr eingestellten Betrag für die Mädchenarbeit zu belassen, und für das nächste Haushaltsjahr das Konzept „geschlechtergerechte Jugendarbeit“ umzusetzen.

Herr Schmidt schlägt nach der Mitteilung von Frau Beimborn vor, eine neue Variante des Antrages zu erstellen. Die 15.000 Euro sollten mit einem Sperrvermerk versehen eingestellt werden, und es sollte das Ergebnis aus den Fachausschüssen abgewartet werden.

Herr Benner ist der Auffassung, dass über den Ursprungsantrag abgestimmt werden sollte, alle weiteren Vorschläge sollten in den jeweiligen Fachausschüssen beraten werden.

Laut **Herrn Beer** existiert der Ursprungsantrag nicht mehr, da er modifiziert wurde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den modifizierten Antrag abstimmen:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Betrag von 15.000 Euro für die Jungenarbeit in den Haushalt einzustellen. Das Konzept über die geschlechtergerechte Jugendarbeit ist vorzulegen, außerdem wird der Kreisausschuss beauftragt, einen entsprechenden Träger für die Jungenarbeit zu suchen“. Der Betrag wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Dem Antrag wird bei 1 Stimmenthaltung und 1 Gegenstimme **mehrheitlich zugestimmt**.

Antrag Nr. 11

Herr Beer erklärt, dass es die CDU-Fraktion für nicht notwendig ansieht, den vorhandenen Fuhrpark zu erhöhen. Er appelliert besonders an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dem Antrag zuzustimmen, aufgrund der von ihnen vor bereits 20 Jahren bezogenen Position.

Herr Rompf erwidert, auch ein ehrenamtlicher Dezernent hat Termine wahrzunehmen, die nicht alle mit dem ÖPNV zu erreichen sind. Er vertraut dem Kreisausschuss dahingehend, dass Fahrzeuge, die in der heutigen Zeit angeschafft werden, den Normen entsprechen. Seine Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Auch **Frau Hartmann** teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Herr Schmidt ist der Auffassung, dass geprüft werden sollte, ob innerhalb des vorhandenen Fuhrparks für Herrn Kaufmann-Ohl ein Auto zur Verfügung steht. Der Antrag wird von seiner Fraktion unterstützt.

Landrat Schuster teilt einige Zahlen betreffend der Leasingraten des Fuhrparks des Lahn-Dill-Kreises mit.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 12

Frau Hartmann erklärt, dass ihre Fraktion diesen Antrag ablehnen wird, da eine Verschlechterung gegenüber dem Land nicht zu akzeptieren ist.

Frau Müller erwidert, dass die CDU-Fraktion lediglich beantragt, die Stelle ehrenamtlich zu besetzen.

Landrat Schuster erklärt, dass nach dem hessischen Gleichstellungsgesetz und nach HGO bzw. HKO verschiedene Stellen besetzt werden müssen. Aufgrund der Anzahl der Bevölkerung müssen beim Lahn-Dill-Kreis 1,5 Stellen im Frauenbüro besetzt werden, tatsächlich besetzt sind 2,5 Stellen. Diese weitere Stelle ist allerdings nur als halbe Stelle anzusehen, da ein Teil der Aufgaben über den Aufgabenbereich hinaus wahrgenommen werden.

Herr Schmidt fügt hinzu, dass auch die Sachbearbeitung zwingend aus dem Gleichstellungsgesetz abzuleiten ist und somit ebenfalls nicht zur Diskussion steht. Außerdem erschließt sich ihm nicht, wie eine halbe Stelle ehrenamtlich besetzt werden kann.

Für **Frau Müller** dienen als Vorbilder der Landkreis Gießen und der Vogelsbergkreis.

Frau Kornmann ist der Auffassung, dass die einige Punkte zuvor beschlossene Strukturanalyse abgewartet werden sollte, bevor etwas verändert wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 13

Herr Rompf empfiehlt, den Antrag zurückzuziehen, weil man seiner Meinung nach davon ausgehen kann, dass eine ständige Prüfung durch die Verwaltung stattfindet.

Frau Müller erinnert an die Situation vor 3 Jahren, als die neue Telekommunikationsanlage für den Lahn-Dill-Kreis angeschafft wurde. Nachdem auf Bitten der CDU-Fraktion Angebote eingeholt worden waren, konnten 40.000 Euro eingespart werden. Sie betont, dass der Antrag kein Vorwurf gegenüber der Verwaltung sein soll. Der Markt ist ständig in Bewegung und eine Prüfung macht Sinn.

Herr Beer erklärt, dass der Antrag nicht lautet, dass die Verwaltung die Prüfung vornehmen soll sondern der Kreisausschuss.

Herr Steinruck macht durch ein Beispiel deutlich, dass in Einzelverhandlungen mehr erreicht werden kann, als wenn allgemeine Angebote geprüft werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag der CDU-Fraktion zum Haushaltskonsolidierungskonzept

Landrat Schuster weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion mit diesem Antrag davon ausgeht, dass der Haushalt verabschiedet wird.

Frau Müller erinnert an das im Jahr 2003 beschlossene Konsolidierungsprogramm, mit dem Ziel, bei den Personalkosten in dem Zeitraum 2005 – 2009 2 % einzusparen, bei den Sachkosten im gleichen Zeitraum 2,5 %. In den darauffolgenden Haushalten wurde immer dargelegt, ob diese Einsparziele erreicht wurden und wenn nicht, welche Hindernisse dem entgegenstanden. Der Beschluss des Kreistages wurde nie aufgehoben. Sie interessiert, ob die beiden Einsparziele erreicht wurden.

Landrat Schuster bestätigt, dass die Ziele erreicht wurden.

Frau Müller erinnert daran, dass die CDU-Fraktion diesen Beschluss seinerzeit nicht mitgetragen hat. Dann erging gegen den Beschluss eine Klage mit dem Inhalt, dass die Vorgaben des Regierungspräsidenten nicht mit dem Beschluss des Kreistages übereinstimmen. Durch den Antrag möchte die CDU-Fraktion anregen, bei dem Regierungspräsidium eine erneute Eingabe zu tätigen, da es einfacher ist, mit Personalkosten zu arbeiten als mit Stellen.

Für **Herrn Rompf** ist der Antrag nicht zustimmungswürdig, da in der Angelegenheit ein gültiger Kreistagsbeschluss existiert. Er erinnert an die zu erstellende Organisationsstruktur. Seine Fraktion plädiert dafür, den vorhandenen Stellenplan nicht anzutasten.

Herr Benner hält den Antrag für den falschen Weg. Hier soll die Kommunalaufsicht aufgefordert werden, aktiv zu werden, bevor dem Haushaltsplan zugestimmt wurde.

Herr Schmidt erinnert, dass seine Fraktion von Anfang an der Meinung war, dass nicht über Stellen sondern über Budget geredet werden muss. Wenn die Kommunalaufsicht reagiert, muss man eventuell noch einmal aktiv werden, damit auch der Regierungspräsident erkennt, dass nicht mehr das kamerale System angewandt wird.

Landrat Schuster weist darauf hin, wenn man von Stellen weggeht und mit Budget arbeitet, muss bedacht werden, dass es sich bei dem Lahn-Dill-Kreis nicht um eine Firma handelt. Hier sind ganz andere Geschäftsbereiche vorhanden. Es gibt eine Reihe von Pflichtaufgaben. Auch aus diesem Grund wurde von seiner Seite angeregt, das externe Gutachten erstellen zu lassen. Bei vielen Pflichtaufgaben kann nicht mit personalwirtschaftlichen Grenzzahlen aufgewartet werden, diesen Kampf wird er gegenüber dem Regierungspräsidenten aufnehmen.

Herr Beer erinnert an die Aussage von Landrat Schuster, dass die Vorgaben von 2 % Einsparung eingehalten werden. Er kann dies im vorliegenden Haushaltsplan nicht erkennen. Auch im Stellenplan kann er nicht erkennen, wo 9 Stellen gekürzt werden. Kritik, dass dieser

Antrag vor Genehmigung des Wirtschaftsplanes nicht zulässig sei, weist er zurück, da durch den Antrag der Kreisausschuss beauftragt wird.

Frau Müller weist darauf hin, dass der Antrag nicht zum Haushaltsplan sondern zum Haushaltskonsolidierungskonzept gestellt wurde. Der Regierungspräsident soll zu nichts aufgefordert, sondern lediglich gebeten werden, zu überdenken, ob dieser Vorschlag nicht der bessere Weg ist, Personalkosten einzusparen.

Frau Kornmann erinnert, dass ihre Fraktion die Mitinitiatoren des vor Jahren gestellten Antrages war. Sie bittet Landrat Schuster um einen Zwischenbericht.

Herr Kröckel erklärt, die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes aus dem Jahr 2003 ist im Haushaltsplan in der Anlage 1, Seite 333, ausgeführt. Hier steht, dass die Umsetzung des Einsparziels des Kreistagsbeschlusses im Rahmen des Jahresabschlusses 2005 erfolgt, weil erst dann Ist-Kosten nachgewiesen werden können.

Für die Personalkosten ist laut **Landrat Schuster** der Jahresabschluss 2005 (Ist-Zahlen) erforderlich.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei 1 Enthaltung, 8 Nein-Stimmen und 6 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Ausschussvorsitzender H. Müller lässt über die Drucksache 8/2007-1 abstimmen.

Ziffer 1 der Drucksache 8/2007-1

Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD), Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ für das Wirtschaftsjahr 2007-03-19

Wurde zusammen mit den jeweiligen Quartalsberichten der Eigenbetriebe behandelt

Ziffer 2 der Drucksache 8/2007-1

Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 – 2010

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises in der vom Kreisausschuss vorgelegten Fassung zu und empfiehlt dem Kreistag, dieses so zu beschließen.

Dem Beschlussvorschlag wird bei 7 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Ziffer 3 der Drucksache Nr. 8/2007-1

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2007 mit Haushaltsplan des Lahn-Dill-Kreises in der vom Kreisausschuss am 10.01.2007 festgestellten Fassung unter Einschluss der vom

Ausschuss am 28.02.2007 beschlossenen Änderungsanträgen zu und empfiehlt dem Kreistag eine entsprechende Beschlussfassung.

Dem Beschlussvorschlag wird bei 7 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt.**

Ziffer 4 der Drucksache Nr. 8/2007-1

Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzeptes des Lahn-Dill-Kreises
-Fortschreibung 2007-

Laut **Herrn Beer** werden hier vermeintliche Einsparungen als Haushaltskonsolidierung verkauft. Die auf Seite 12 eingearbeiteten 800.000 Euro sind für ihn hierfür das beste Beispiel. Die CDU-Fraktion hat eine andere Vorstellung von einem Haushaltskonsolidierungskonzept.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss stimmt dem Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes des Lahn-Dill-Kreises – Fortschreibung 2007 – in der vom Kreisausschuss am 10.01.2007 festgestellten Fassung zu und empfiehlt dem Kreistag, dieses so zu beschließen.

Dem Beschlussvorschlag wird bei 7 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt.**

Zu TOP 11

Kreditvertragliche Fixierung eines weiteren Kassenkredites als Kommunalkredit über insgesamt 30 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren

Drucksache 47/2007

- a) Der Kreistag genehmigt die Aufnahme folgender Kassenkredite als Kommunalkredite jeweils mit einer Laufzeit von 5 Jahren:
Vertrag vom 14. 11. 2006 über **17 Mio. €** zu einem Festzinssatz von 3,809 %,
Vertrag vom 29. 11. 2006 über **13 Mio. €** zu einem Festzinssatz von 3,789 %.

- b) Der Kreistag ermächtigt den Kreisausschuss, weitere Beträge bis zur Höhe der in der Haushaltssatzung genehmigten Höchstbeträge der Kassenkredite als Basisliquidität liquiditäts- und zins zusichern, soweit die Vertragslaufzeit über das laufende Haushaltsjahr hinausgeht und die Aufsichtsbehörde keine Einwände erhebt.

Landrat Schuster gibt einige Erklärungen zu der Vorlage.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender H. Müller** über die Drucksache Nr. 47/2007 abstimmen.

Der Vorlage wird bei 6 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt.**

Zu TOP 12

Durchführung von Arbeitsanforderungsbewertungen

Ausschussvorsitzender Müller erinnert, dass die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt mit der Einladung zu der Sitzung des Haupt- Finanz- und Organisationsausschusses am 25. Januar verschickt bzw. am Tag der Sitzung als Tischvorlage verteilt wurden.

Frau Beimborn ist in diesem Schreiben aufgefallen, dass eine sehr hohe Anzahl von anhängigen Verfahren vorliegt. Von den bis Ende 2006 vorliegenden 103 Anträgen sind 20 bearbeitet worden. Ihr ist die Praxis in anderen Verwaltungen nicht geläufig, diese Zahl erscheint ihr allerdings sehr hoch. Sie erinnert an ihre Bitte, die Anträge getrennt nach Männern und Frauen aufzulisten. Auffällig ist, dass immer mehr Frauen Anträge stellen, und im Ergebnis mehr Anträge von Männern bearbeitet werden. Auch das ist für sie unerklärlich und sie bittet um Erläuterung. Die Eingruppierung bei Männern war bei den bearbeiteten Anträgen in Ordnung, 2 Stellen von Frauen sind nicht entsprechend bewertet worden. Sie bittet, diese Unterlagen über die Frauenkommission an die Frauenbeauftragte weiterzuleiten. Für sie ist das hier Dargestellte schockierend.

Landrat Schuster erklärt, dass diese Angelegenheit von der Serviceabteilung Personal erledigt wird, diese Abteilung ist unterbesetzt. Es stehen 15,8 Mitarbeiter für 1.200 Bedienstete zur Verfügung. Daher kann er nicht versprechen, dass die Anträge zeitnah abgearbeitet werden können.

Herr Wagner ergänzt, zum 01. Januar 2006 waren 40 Verfahren anhängig. In den Spalten 2 – 5 ist aufgeführt, aus welchen Jahren die Verfahren resultieren. Die Aufschlüsselung ergibt 65 % weibliche und 35 % männliche Antragsteller. Der Gesamtaufbau des Personals spiegelt sich in diesen Prozentzahlen wieder.

Frau Egler wirft ein, wenn mehr Anträge von Frauen gestellt und mehr Anträge von Männern erledigt wurden, kann etwas nicht stimmen.

Frau Kornmann fällt auf, dass sich zu diesem Thema nur Frauen zu Wort melden. Im Rahmen der Konsolidierung wird viel über Stellenabbau diskutiert, dies spricht sich bei den Bediensteten herum. Es wird sich gar mancher nicht trauen, wegen einer höheren Eingruppierung nachzufragen. Bei der Stadt Wetzlar existiert Personalreport, für den Lahn-Dill-Kreis wäre die Erstellung eines solchen Personalreports ebenfalls sinnvoll.

Herr Wagner teilt mit, dass seit 2004 ein Personalbericht existiert. Man hat sich seinerzeit darauf geeinigt, dass der Bericht lediglich dem Kreisausschuss vorgelegt werden soll, daher hat der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss ihn nicht gesehen. Es besteht seitens der Verwaltung sicher kein Problem, den Bericht in diesem Ausschuss zu diskutieren.

Frau Beimborn fällt auf, dass allein in dieser Runde alle höheren Positionen von Männern besetzt sind. Das macht die Personalsituation in der Kreisverwaltung deutlich. Der Frauenförderplan müsste sich unbedingt niederschlagen. Auch die Aussage von Herrn Wagner ist für sie nicht zufriedenstellend. Sie bittet, den Punkt 7 in dem Papier zwischen männlich und weiblich aufzuschlüsseln. Sie regt an, auch weitere Angaben möglichst zwischen Männern und Frauen aufzuschlüsseln. Sie bedauert sehr, dass bei der Beratung dieses Tagesordnungspunktes Herr Peter als Personalchef nicht mehr anwesend ist.

Herr Wagner teilt mit, dass die Zahl der Anträge für 2007 bisher bei insgesamt 43 liegt, wovon 15 Antragsteller männlich und 28 weiblich sind. Er erklärt, dass Herr Peter kann aufgrund eines Arzttermins an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes leider nicht teilnehmen kann.

Allerdings gehört die Abteilung Personal zu seiner Abteilung. Die Abteilung ist in Servicedienste aufgegliedert, wobei einer der Servicedienste Personal und Organisation beinhaltet.

Herr Beer hält es bei Nachvollziehen vieler von Frau Beimborn angesprochenen Punkte für falsch, Rückschlüsse zu ziehen, weil manche Anträge aus bestimmten Gründen anders behandelt wurden als andere. Es ist davon auszugehen, dass der Verwaltungsvorstand die Bediensteten nach Recht und Gesetz in die jeweiligen Ämter befördert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt **Ausschussvorsitzender H. Müller** den Tagesordnungspunkt.

Zu TOP 13

Verschiedenes

Herr Steinruck hat den Eindruck, dass durch die Streichung der Materialausgabestelle beim Lahn-Dill-Kreis, wodurch sicherlich Personal eingespart wurde, an anderer Stelle Personal mehr belastet wird. Die Auflage, bei Materialbestellungen das Internetportal heranzuziehen, um die günstigsten Angebote zu ermitteln, ist mit großem Aufwand verbunden. Er geht auf die Mindermengenaufgaben ein und sieht keine Möglichkeit, wie bei Bestellungen jedes einzelnen Produktes diese erreicht werden können. Er bezweifelt, dass diese Entscheidung eine sinnvolle Regelung ist. Er ist der Überzeugung, dass gerade an den dezentralen Stellen, wie z. B. an Schulen, eine erhebliche Mehrarbeit entsteht.

Herr Wagner erinnert, dass die Verwaltung im Rahmen einer Organisationsuntersuchung auch den Bereich der Materialverwaltung zu untersuchen hatte. Bei der vorherigen Handhabung wurden die Materialien in ein Lager eingestellt und es war eine Lagerbuchhaltung zu führen. Materialien z.B. für Schulen wurden zu Einstandspreisen dorthin transportiert. Es wurden weder Raumkosten noch Mitarbeiterkosten draufgeschlagen. Durch das Ausscheiden eines Mitarbeiters in der Materialverwaltung bestand die Möglichkeit, Personal abzubauen. Durch die Umstellung des Systems hat der jeweilige Mitarbeiter, der die Materialien bestellt, die Möglichkeit, unter den günstigsten Angeboten auszuwählen. Die Materialien werden direkt ins Haus geliefert, es ist keine Lagerbuchhaltung notwendig. Mit der Rechnung wird die Kostenstelle des Endverbrauchers direkt belastet. Die Umstellung ist zum 01. Januar 2007 vorgenommen worden. Es haben Schulungsveranstaltungen sowohl für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus, als auch in den Schulsekretariaten stattgefunden. Er bestätigt, dass seitens der Schulsekretariate andere Rückmeldungen kamen als aus dem Haus. Er ist der Auffassung, dass man einem solchen Verfahren eine Chance geben muss. Was Mindermengenzuschläge anbelangt, so wird man sicher Bestellungen etwas bündeln können. Es läuft ein Controllingmodul, dadurch ist kontrollierbar, welche Bestellungen vorgenommen werden. Nach einer gewissen Zeit sollen die bis dahin gemachten Erfahrungen ausgewertet werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich **Ausschussvorsitzender H. Müller** bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Hartmut Müller
Ausschussvorsitzender

Marina Biehl-Schneider
Schriftführerin

,Drucksache
Nr.

Drucksache 67/2007

Mitteilungsvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	12.3 Kostenrechnung, Zentrales Controlling		FBL 1 12, 12.3, 10., 12.2, 14

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreisausschuss	21.02.2007		
Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss	28.02.2007	Zur Kenntnis genommen	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

1 – geheftet -

Berichtswesen Kernverwaltung; Zwischenbericht 4. Quartal 2006

1 INHALT DER MITTEILUNG

Der als Anlage beigefügte Zwischenbericht des Lahn-Dill-Kreises für das 4. Quartal 2006 wird zur Kenntnis genommen.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

Keine

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

Keine

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

Keine

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

Keine

2.5 Befristung der Regelung/en

Entfällt

3 BEGRÜNDUNG

In der Anlage legt die Verwaltung den Standardbericht über den Ablauf der Haushaltswirtschaft des Lahn-Dill-Kreises für das 4. Quartal 2006 in komprimierter Form vor.

Der Bericht enthält die Gesamtergebnisrechnung der Kernverwaltung für das 4. Quartal 2006 und stellt über die in der Prognosespalte das voraussichtliche Jahresergebnis 2006 dar. Noch bestehende Unsicherheiten für das Gesamtergebnis sind dargestellt.

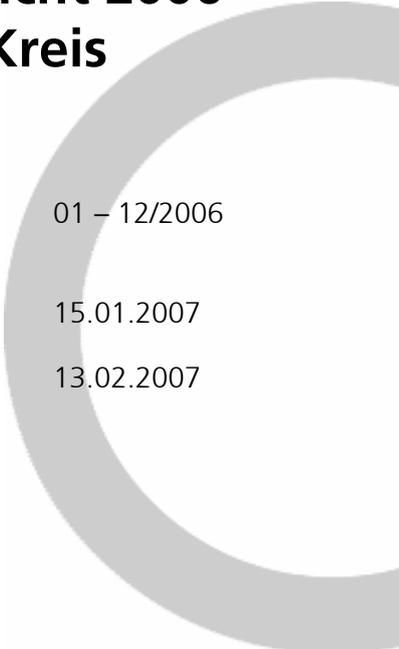
Neben fachbereichsübergreifenden Entwicklungen werden auch wesentliche zukünftige Risiken erläutert. Der Bericht beinhaltet ebenfalls die Entwicklung des Finanzmittelbestandes zum 31.12.2006 sowie des Kreditportfoliomanagements im abgelaufenen Jahr.

gez.

Wolfgang Schuster
Landrat

4. Quartalsbericht 2006 des Lahn-Dill-Kreis

Berichtsperiode:	01 – 12/2006
Buchungen berücksichtigt bis:	15.01.2007
Bericht erstellt am:	13.02.2007



Inhalt

1	ALLGEMEINES.....	3
2	ERGEBNISBERICHT.....	4
2.1	Ergebnis Gesamtverwaltung (Lahn-Dill-Kreis)	4
2.2	Erläuterungen zu fachbereichsübergreifenden Entwicklungen.....	5
3	KREDITPORTFOLIOMANAGEMENT	14
	Bericht 3. und 4. Quartal 2006	14
4	FINANZBERICHT.....	15
4.1	Finanzmittelbestand per 31.12.2006	15
4.2	Erläuterungen.....	15

1 Allgemeines

Hiermit wird der vierte Quartalsbericht des Jahres 2006 – unter Einschluss der Ergebnisse der ersten drei Quartale - in Form eines Standardberichtes für die Gesamtverwaltung vorgelegt. Er basiert jeweils auf den Zahlen der Buchhaltung per 31.12.2006 mit Erfassungsdatum bis 15.01.2007. Soweit erkennbar, wurden Abgrenzungen bzw. Berichtigungen vorgenommen. Diese beziehen sich insbesondere auf die periodengerechte Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen.

Für den Berichtszeitraum Januar bis Dezember 2006 werden die Ist-Ergebnisse (Spalte 2), die auf das Quartal herunter gebrochenen Planwerte (Spalte 3) sowie die Planwerte für das Gesamtjahr 2006 (Spalte 4) ausgewiesen. Da es sich um das vierte Quartal handelt, weisen die beiden Spalten identische Werte auf. In der Spalte 5 sind die Prognosewerte für das gesamte Jahr 2006 enthalten. Zusätzlich wird ein Prognose-Plan-Vergleich (Spalte 6) dargestellt. Für die Beurteilung des Quartalsergebnisses ist in der Spalte 1 hilfsweise die entsprechende Berichtsperiode des Vorjahres aufgenommen.

Mit Geltungsbeginn des TVöD waren die Löhne in „Gehälter“ umzuwandeln. Deshalb ist die Prognose bei Kontengruppe 62 (Löhne) jeweils mit 0 und die Prognose bei Kontengruppe 63 (Gehälter, Bezüge) um diese Werte erhöht ausgewiesen.

Hinweis:

Die Erlöse sind mit negativem Vorzeichen gekennzeichnet, Aufwendungen haben kein Vorzeichen.

Herausgeber:

Kreisverwaltung des Lahn-Dill-Kreises, Wetzlar
Zentrales Controlling (12.3)

2 Ergebnisbericht

2.1 Ergebnis Gesamtverwaltung (Lahn-Dill-Kreis)

1. Finanzwirtschaftliche Ziele						
1.1 Teil-Haushalt						
Ergebniskonten	Ist 1-12/2005	Ist 1-12/2006	Plan 1-12/2006	Plan 2006	Prognose 2006	Abw.
51 Erlöse Verwaltungstätigkeit	4.277.393,69	4.076.269,67	6.877.771-	6.877.771-	4.150.784-	2.726.987
52 Bestandsveränderungen, Eigenleistung	0	0	0	0	0	0
53 Sonstige betr. Erträge	2.260.378,99	931.872,34	746.435-	746.435-	933.472-	187.037-
60 Aufw. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.113.815,23	6.509.566,92	6.942.266	6.942.266	7.123.533	181.267
61 Aufwend. für bezogene Leistungen	21.144.060,71	18.984.081,88	18.586.527	18.586.527	19.054.039	467.512
62 Löhne	1.336.029,20	0	1.993.721	1.993.721	0	1.993.721-
63 Gehälter, Bezüge	26.898.345,74	30.473.698,84	28.240.224	28.240.224	30.473.699	2.233.475
64 Soziale Abgaben, Altersvorsorge	9.156.637,51	10.087.884,10	10.094.372	10.094.372	9.665.367	429.005-
66 Sonstige Personalaufwendungen	364.959,52	344.691,03	1.632.125	1.632.125	457.047	1.175.078-
67 Sonstige Aufwend. Rechte/Dienste	2.335.086,73	2.253.906,31	2.071.221	2.071.221	2.138.005	66.784
68 Aufwend. Kommunikation, Dokumentation	1.445.432,19	1.397.794,54	1.360.582	1.360.582	1.437.756	77.174
69 Sonstige Aufwendungen, Beiträge	1.866.472,61	2.064.873,24	2.029.346	2.029.346	2.133.446	104.100
96 Innerbetriebl. Leistungsverrechnung	0,00	0,00	0	0	0	0
* BUDGET	64.123.066,76	67.108.354,85	65.326.178	65.326.178	67.398.635	2.072.457
50 Kostenersätze, Umsatzerlöse	20.339.224,89	21.365.309,57	18.790.462-	18.790.462-	22.028.281-	3.237.819-
57 Erlöse aus Steuern	88.494.560,62	97.514.011,92	96.384.140-	96.384.140-	97.514.012-	1.129.872-
59 Erlöse aus Zuweisungen und Zuschüssen	69.700.642,58	67.220.155,13	60.202.420-	60.202.420-	66.146.911-	5.944.491-
65 Abschreibungen	8.504.877,17	954.522,22	7.763.346	7.763.346	7.819.832	56.486
75 sonst. Steuern u. ähnl. Aufwend.	38.137.730,00	38.604.865,00	38.845.300	38.845.300	38.604.865	240.435-
78 Kosten aus Transferleistungen	86.034.038,02	87.009.225,73	84.265.468	84.265.468	87.347.787	3.082.319
79 Kosten aus Zuweisungen und Zuschüssen	2.990.140,41	2.918.135,47	3.417.449	3.417.449	3.421.002	3.553
97 Umlagekosten	0,00	0	0	0	0	0
* ERWEITERTES BUDGET	42.867.642,49	56.612.728,20	41.085.458-	41.085.458-	48.495.718-	7.410.259-
** VERWALTUNGSERGEBNIS	21.255.424,27	10.495.626,65	24.240.719	24.240.719	18.902.918	5.337.802-
54 Erträge aus Beteiligungen	1.731.155,11-	260.707,20-	1.213.667-	1.213.667-	805.684-	407.983
55 Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	795.786,67-	640.107,01-	848.819-	848.819-	940.027-	91.208-
71 Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
72 Zinsen, ähnliche Aufwendungen	6.562.141,45	6.910.147,71	8.034.658	8.034.658	7.221.081	813.577-
* FINANZERGEBNIS	4.035.199,67	6.009.333,50	5.972.172	5.972.172	5.475.370	496.802-
56 ausserordentliche Erträge	10.750,72	657.200,00-	10-	10-	657.200-	657.190-
73 ausserordentliche Aufwendungen	743.482,10	458.380,06	0	0	316.148	316.148
* AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS	732.731,38	198.819,94-	10-	10-	341.052-	341.042-
** NEUTRALES ERGEBNIS	4.767.931,05	5.810.513,56	5.972.162	5.972.162	5.134.318	837.844-
70 Betriebliche Steuern	13.766,33	13.139,69	12.171	12.171	13.140	969
*** ERGEBNIS	26.037.121,65	16.319.279,90	30.225.052	30.225.052	24.050.376	6.174.677-

Korrigiertes Ergebnis 1-12 2006

24.074.588

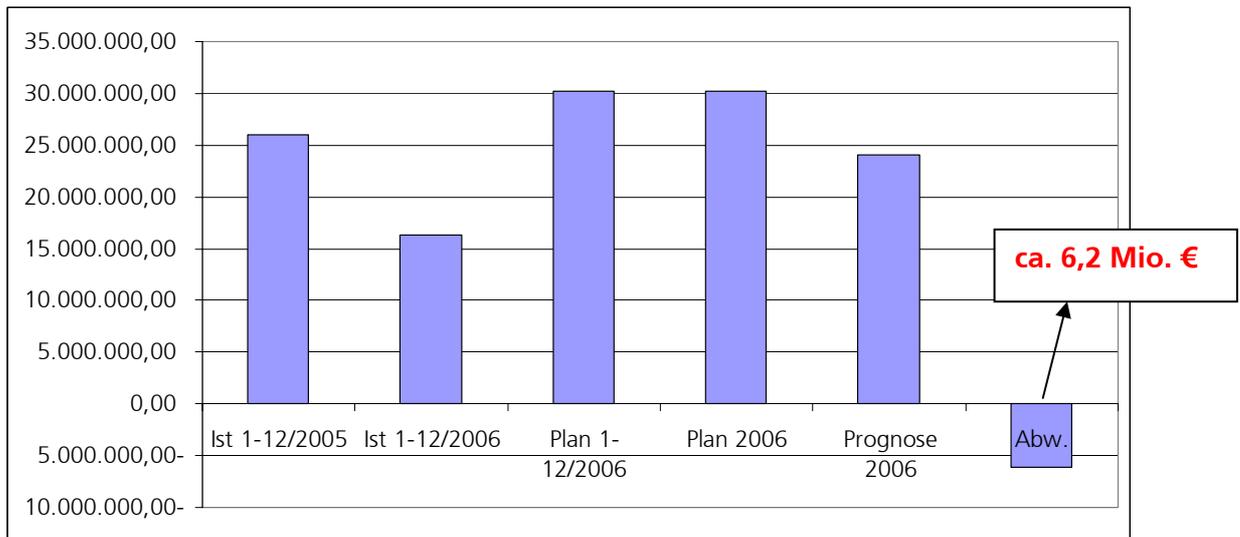
Das Ist-Ergebnis 1-12/2006 spiegelt lediglich den Stand zum 31.12.2006 (Erfassungsdatum bis 15.01.2007) wider und ist nicht mit dem endgültigen Jahresergebnis zu verwechseln.

Für das voraussichtliche Jahresergebnis 2006 stehen zurzeit noch folgende Buchungen aus:

Konten- gruppe	Ergebnis 1-12/2006 (Buchungsstand 15.01.2007)	16.319.279,90
65	Noch nicht gebuchte Abschreibungen 1-12/2006	ca. 7.745.686 €
64	Inanspruchnahme der Pensionsrückstellung f. Lahn-Dill-Kliniken	ca. -280.000 €
54	Jahresergebnis 2006 der Eigenbetriebe	ca. -546.120 €
66	Veränderung Rückstellungen Beihilfen	65.300 €
67	Aufwendungen für Steuerberater	3.000 €
59	Auflösung Sonderposten	ca. -2.273.158 €
59	Passivierungsfähige Zuwendungen	ca. 2.500.000 €
79	Verwaltungsumlage VLD	ca. 540.600 €
	Summe noch ausstehende Buchungen	7.755.308 €
	Korrigiertes Ergebnis 1-12/2006 (vorauss. Jahresergebnis)	24.074.588 €

1.2 Grafik

Überschuss (-), Fehlbetrag (kein Vorzeichen)



2.2 Erläuterungen zu fachbereichsübergreifenden Entwicklungen

Allgemeines

Nach den voraussichtlichen Ist-Daten für das 4. Quartal 2006 ergibt sich ein voraussichtlicher Jahresfehlbetrag von 24.050.376 €. Im Vergleich zum Planwert ergibt sich eine prognostizierte Verbesserung in Höhe von **ca. 6,2 Mio. €**.

Wesentliche Prognose-Plan-Abweichungen bezogen auf die gesamte Kreisverwaltung ergeben sich in folgenden Bereichen, die nachfolgend erläutert sind.

Ergebniskonten	Prognose 2006 €	Plan 2006 €	Abw. €
Erlöse			
50 Kostenersätze, Umsatzerlöse	-22.028.281	-18.790.462	-3.237.819
51 Erlöse Verwaltungstätigkeit	-4.150.784	-6.877.771	2.726.987
56 Außerordentliche Erträge	-657.200	10-	657.190-
57 Erlöse aus Steuern	-97.514.012	-96.384.140	-1.129.872
59 Erlöse aus Zuweisungen und Zuschüssen	-66.146.911	-60.202.420	-5.944.491
Summe	-190.497.188	-182.254.803	-8.242.385
Aufwendungen			
62-64 Personalkosten	40.139.066	40.328.317	-189.251
66 Sonstige Personalaufwendungen	457.047	1.632.125	-1.175.078
73 Außerordentliche Aufwendungen	316.148	0	316.148
78 Kosten aus Transferleistungen	87.347.787	84.265.468	3.082.319
Summe	118.278.533	116.131.538	2.034.138
Summe Abweichung LDK gesamt			ca. -6,2 Mio. €

Erlöse					
Kontengruppe	Abt.		Erläuterungen	Abweichung	Nicht ergebniswirksam (interne Verschiebung)
50	31	Bildung und Liegenschaften	Die Zuweisungen des Landes für die pädagogische Mittagsbetreuung und Ganztagsangebote liegen über dem im Wirtschaftsplan 2006 veranschlagten Wert.	ca. -0,2 Mio. €	
	33	Familie und Soziales	<p>Die Abweichung beim Produkt <u>33.1 Hilfen für nichterwerbsfähige Menschen mit unzureichenden Leistungsansprüchen</u> oder in sonstigen finanziellen Notsituationen resultiert aus einer höheren Bundeserstattung für Personalkosten (2,2 Mio. €). Diese hängen mit der befristeten Übernahme der GWAB-Mitarbeiter (ca. 1,3 Mio. €; s. Erläuterungen bei der Finanzwirtschaft) sowie Änderungen der Erstattungsmodalitäten im Zusammenhang mit der Verwaltung der ARGE zusammen.</p> <p>Ca. 0,6 Mio. € resultieren aus Erstattungen von Sozialhilfeträgern und aus Rückforderungen von Sozialhilfeleistungen.</p> <p>Ferner liegen die Erstattungen im Bereich Kosten der Unterkunft um ca. 0,9 Mio. € über dem Planansatz 2006. Dies ist auf die gestiegenen Fallzahlen im Bereich SGB II und den damit verbundenen Anstieg der Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft bei der Kontengruppe 78 um ca. 3,4 Mio. € verbunden (s. Erläuterungen zur Kontengruppe 78). Dem LDK werden im Rahmen des SGB II 29, 1 % der Kosten der Unterkunft vom Bund erstattet.</p> <p>Die gegenüber dem Planansatz 2006 erzielten Mehrerlöse beim Produkt <u>33.6 Hilfen für pflegebedürftige Menschen</u> i. H. v. ca. 0,2 Mio. € sind überwiegend auf eine Nachbewilligung von Wohngeld für Heimbewohner für die Jahre 2001-2004 zurückzuführen.</p>	ca. -3,9 Mio. €	X (ca. -1,3 Mio. €)
		Finanzwirtschaft	Hier war die Personalkostenerstattung für die befristet übernommenen GWAB-Mitarbeiter aufgeplant (1,25 Mio. €). Die Erlöse sind im Ist bei Abt. 33 eingegangen (s. Erläuterungen oben). Die Erstattung des LWV im Rahmen der Vereinbarung zur Neustrukturierung nicht investiver sozialer Maßnahmen i. H. v. ca. 0,3 Mio. € wurden in 2006 nicht aufgeplant.	ca. 0,9 Mio. €	X (ca. 1,3 Mio. €)
			Summe	ca. -3,2 Mio. €	

noch: Erlöse					
Konten- gruppe	Abt.		Erläuterungen	Abweichung	Nicht er- gebnis- wirksam (interne Verschie- bung)
51	15	Aufsichts- und Kreisordnungsbehörden	Hier wurden die Gebühreneinnahmen ehem. staatl. Landrat geplant. Die Ist-Buchungen sind unter der Kontengruppe 59 -Erträge aus Zuwendungen gebucht.	ca. 2,7 Mio. €	X
Summe				ca. 2,7 Mio. €	
56	11	Personal, Organisation, Technik	Beim Produkt <u>11.2 Gebäudemanagement und IuK-Technik</u> ist ein außerordentliche Erlös aus dem Verkauf der Liegenschaft Philosophenweg 11 (410.000 €) zu verzeichnen.	ca. -0,4 Mio. €	
	33	Familie und Soziales	Der außerordentliche Erlös (240.000 €) beim Produkt <u>33.4 Hilfen für Zuwanderer (Migration)</u> resultiert aus dem Verkauf der Liegenschaft Leipziger Str. 9 in Albshausen.	ca. -0,2 Mio. €	
Summe				ca. -0,6 Mio. €	
57	Finanzwirtschaft		Eine Verbesserung i. H. v. ca. 1,1 Mio. € resultiert aus der Erhöhung der Erträge aus der Kreisumlage.	Ca. -1,1 Mio. €	
Summe				ca. -1,1 Mio. €	
59	15	Aufsichts- und Kreisordnungsbehörden	Hier wurden die Gebühreneinnahmen ehem. staatl. Landrat gebucht. Der Plan wurde bei der Kontengruppe 51 - Erlöse Verwaltungstätigkeit – veranschlagt.	ca. -2,7 Mio. €	X
	33	Familie und Soziales	Eine Verbesserung beim Produkt <u>33.1 Hilfen für nichterwerbsfähige Menschen mit unzureichenden Leistungsansprüchen oder in sonstigen finanziellen Notsituationen</u> i. H. v. ca. 0,5 Mio. € ergibt sich aus einer höheren Landeszuweisung für Grundsicherungsleistungen (ca. 0,15 Mio. €) und höheren Zuweisungen für die Projekte PIA und ASTA (ca. 0,35 Mio. €). Gleichzeitig ist beim Produkt <u>33.4 Hilfen für Zuwanderer (Migration)</u> eine Verschlechterung i. H. v. 0,4 Mio. € zu verzeichnen, die auf den Rückgang der Erstattungen des Landes für die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern und ausländischen Flüchtlingen aufgrund rückläufiger Zuweisungszahlen zurückzuführen sind.	ca. -0,1 Mio. €	

noch: Erlöse				
Kon- ten- grup- pe	Abt.	Erläuterungen	Abweichung	Nicht er- gebnis- wirksam (interne Verschie- bung)
59	Finanzwirtschaft	Die Abweichung ergibt sich aus der Erhöhung der Schlüsselzuweisungen (ca. 0,72 Mio. €), der Grunderwerbssteuer (ca. 0,6 Mio. €) und der besonderen FAG-Zuweisungen (0,13 Mio. €). Hinzu kommt die in 2006 nicht im Plan enthaltene Weiterleitung von Entlastungen des Landes im Bereich des Wohngeldes an örtliche kommunale Träger in Höhe von 1,62 Mio. € .	ca. -3,1 Mio. €	
Summe			ca. -5,9 Mio. €	

Aufwendungen					
Kontengruppe	Abt.		Erläuterungen	Abweichung	Nicht ergebniswirksam (interne Verschiebung)
62-64					
62	LDK	Lahn-Dill-Kreis	Die Abweichungen ergeben sich aufgrund der Änderung des TVöD, wobei die Kontengruppe 62 -Löhne- in Gehälter umzuwandeln sind. Die Prognose für die Kontengruppe 62 ist somit in der Prognose für die Kontengruppe 63 enthalten.	ca. -2,0 Mio. €	X
63	LDK	Lahn-Dill-Kreis	Die Abweichungen ergeben sich aufgrund der Änderung des TVöD, wobei die Kontengruppe 62 -Löhne- in Gehälter umzuwandeln sind. Die Kontengruppe 63 –Gehälter- enthält somit in der Prognose auch die Kontengruppe 62.	ca. 2,0 Mio. €	X
62-63	24	Abteilung für den ländlichen Raum	Einsparung bei den Personalkosten aufgrund der Nichtbesetzung von 3 Stellen.	ca. -0,1 Mio. €	
	25	Abteilung für Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Die Plandaten 2006 entstammten dem Jahr 04 (Landeshaushalt). In Ihnen sind Kosten enthalten, die im kommunalen Haushalt in mehreren anderen Konten (z.B. Reisekosten, Wegstreckenentschädigungen) aufgeplant werden. Darüber hinaus war durch die Insolvenz eines Fleischbetriebes keine Vergütungen für Überwachungstätigkeiten mehr gezahlt worden.	Ca. -0,2 Mio. €	
	31	Bildung und Liegenschaften	Bei der Abt. 31 ist bei den Personalkosten eine Unterschreitung des Planansatzes um ca. 0,2 Mio. € zu verzeichnen.	ca. -0,2 Mio. €	
	33	Familie und Soziales	Mehraufwand bei den Personalkosten beim Produkt <u>33.1 Hilfen für nichterwerbsfähige Menschen mit unzureichenden Leistungsansprüchen oder in sonstigen finanziellen Notsituationen</u> (ca. 1,3 Mio. €) ist auf die befristete Übernahme der GWAB-Mitarbeiter zurückzuführen. Diese Personalkosten werden dem LDK in voller Höhe erstattet (s. auch Erläuterungen zu Kontengruppe 50).	ca. 1,3 Mio. €	X
		Finanzwirtschaft		Eine Verbesserung bei den Personalkosten i. H. v. ca. 0,2 Mio. € resultiert aus der nicht auf geplanten Inanspruchnahme der Rückstellung für Altersteilzeit. Die im Rahmen der Freistellungsphase gezahlten Personalkosten werden durch die Inanspruchnahme der Rückstellung wieder neutralisiert. Ferner wurden in 2006 versehentlich Personalkosten für beurlaubte Bedienstete i. H. v. ca. 0,2 Mio. € eingeplant.	ca. -0,4 Mio. €

noch: Aufwendungen					
Konten- grup- pe	Abt.	Erläuterungen		Abweichung	Nicht er- gebnis- wirksam (interne Verschie- bung)
64	Finanzwirtschaft	Bei der Pensionsrückstellung wurde eine Zu- führung i. H. v. 350.000 € geplant. Im Ist ist eine Inanspruchnahme i. H. v. ca. 280.000 € eingetreten.		Ca. -0,6 Mio. €	
Summe				ca. -0,2 Mio. €	
66	Finanzwirtschaft	Die unter der Kontengruppe 66 veranschlagten Personalaufwendungen im Zusammenhang mit der befristeten Übernahme der GWAB- Mitarbeiter i. H. v. 1,25 Mio. € wurden im Ist bei den Personalkosten der Abt. 33 (Produkt <i>33.1 Hilfen für nichterwerbsfähige Menschen mit unzureichenden Leistungsansprüchen oder in sonstigen finanziellen Notsituationen</i>) ver- bucht. Ferner liegen Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung um ca. 0,1 Mio. € unter dem Planwert.		Ca. -1,2 Mio. €	X (ca. -1,3 Mio. €)
Summe				ca. -1,2 Mio. €	
73	31	Bildung und Liegens- schaften	Hochwasserschäden bei den Schulen (Antrag auf Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock wurde gestellt)	ca. 0,3 Mio. €	
Summe				ca. 0,3 Mio. €	

Aufwendungen					
Konten- gruppe	Abt.	Erläuterungen	Abweichung	Nicht ergeb- nis- wirk- sam (interne Ver- schie- bung)	
78	32	Kinder- und Jugend- hilfe	<p>Produkt <u>32.1.1 Hilfen in Erziehungsangelegenheiten</u>: Im Rahmen der Vollzeitpflege wurden ca. 0,1 Mio. € mehr als geplant verausgabt, was insbesondere durch die Erhöhung der Pflegesätze zum 01.10.2006, die kurzfristige Notunterbringung von jungen Menschen und die Zunahme an Pflegetagen verursacht worden ist. Ferner sind Abweichungen in den Bereichen Sonstige Leistungen der Jugendhilfe (ca. 0,42 Mio. €) und Erziehungshilfeleistungen durch Dritte (ca. 0,4 Mio. €) zu verzeichnen. Diese sind auf die Zunahme der Fälle im Bereich der Heimerziehung und der vorausgehenden Inobhuthnahmen aufgrund von Meldungen zur Kindeswohlgefährdung und tatsächlich gegebener Kindeswohlgefährdung zurückzuführen.</p> <p>Produkt <u>32.5 Tagesbetreuung für Kinder</u>: Mehrkosten i. H. v. ca. 0,14 Mio. € sind insbesondere durch die Kita-Förderungen gemäß Kreistagsbeschluss vom 06.02.2006, verursacht. Gem. KA-Beschluss vom 23.05.06 sind diese Mehrkosten einmalig beim Jahresabschluss 2006 aus den bei Abt. 41 für Leistungen nach § 16 Abs. 2 SGB II eingestellten Mitteln zu finanzieren.</p>	ca. 1,1 Mio. €	
	33	Familie und Soziales	<p>Produkt <u>33.1 Hilfen für nichterwerbsfähige Menschen mit unzureichenden Leistungsansprüchen oder in sonstigen finanziellen Notsituationen</u>: Die Transferleistungen liegen mit ca. 4,2 Mio. Euro über dem Planansatz. Die Hauptpositionen für Abweichungen sind ca. 3,0 Mio. € für höhere KdU und einmalige Leistungen in Höhe von ca. 0,4 Mio. € im Rahmen des SGB II. Auch Mehrkosten im Bereich der Krankenhilfe in Höhe von ca. 1,2 Mio. € tragen zu einer Ansatzüberschreitung bei. Kosten der Delegation liegen mit 1,2 Mio. € über dem Planwert. Kompensiert werden die Aufwendungssteigerungen durch verschiedene Minderausgaben aus den Bereichen Kap. III und IV SGB XII (insgesamt ca. 1,6 Mio. €).</p> <p>Produkt <u>33.4 Hilfen für Zuwanderer (Migration)</u>: Die veranschlagten Mittel wurden aufgrund rückläufiger Zuweisungszahlen und einhergehenden geringeren Leistungsgewährungen um ca. 2,5 Mio. € unterschritten (s. auch Erläuterungen zu Kontengruppe 59).</p> <p>Produkt <u>33.6 Hilfen für Pflegebedürftige Menschen</u>: Die Abweichung von ca. 0,3 Mio. € Mehrausgaben ergibt sich aus einer Fallzahlsteigerung.</p>	ca. 2,0 Mio. €	
Summe			ca. 3,1 Mio. €		

Ausblick und Risiken

Auf folgende Einflussfaktoren für die weitere Haushaltsentwicklung ist besonders hinzuweisen:

- In den Prognosewerten für die Gesamtverwaltung wurden die aus dem Beitrittsbeschluss des Kreistages vom 12. Juni 2006 resultierenden Verbesserungen beim **Aufkommen aus der Kreisumlage** berücksichtigt. Mit dem Beitrittsbeschluss hatte der Kreistag - der Bedingung der Aufsichtsbehörde folgend - den Hebesatz der Kreisumlage um 1 % auf jetzt 47,75 % erhöht. Unter Berücksichtigung des im FAG-Änderungsgesetz 2006 (Art. 5) festgelegten Ausgleichsbetrages der Sonderstatustadt Wetzlar (814 T€) und der endgültigen Umlagegrundlagen gem. HMdF-Erlass vom 19.09.2006 beträgt die Verbesserung gegenüber dem Plan durch die Hebesatzerhöhung rund 1.200 T€ (s. Kontengruppe 57).

Ebenfalls mit rund 233 T€ Verbesserung gegenüber dem Plan wirkt sich aus, dass die **LWV-Verbandsumlage** durch den Haushaltsbeschluss der Verbandsversammlung auf 15,58 % festgesetzt wurde; der Veranschlagung lag noch der seinerzeit bekannte Entwurfssatz von 15,74 % zugrunde.

Eine weitere signifikante Entlastung im laufenden Jahr ergab sich durch die unerwartet gute Entwicklung bei der Zuweisung der **Grunderwerbssteuer durch das Land**. Der Mehrerlös beträgt hier 600 T€.

- Durch die zum 25. Mai 2006 in Kraft getretene **Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik** (GemHVO-Doppik) liegen nunmehr die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Haushalts- und Wirtschaftsführung auf Basis der doppelten Buchführung vor. Hierdurch kommt auf den Lahn-Dill-Kreis und die übrigen hessischen Doppik-Pilotkommunen ein nicht unbeträchtlicher Anpassungsaufwand zu. Er betrifft vor allem den Kontenplan, da der zugrundeliegende Kontenrahmen teilweise umfangreich geändert wurde. Hierdurch werden tiefgreifende Änderungen im SAP-System notwendig.

Noch nicht im Detail absehbar sind ferner die künftigen Anforderungen der Finanzstatistik (vor allem Vierteljahres- und Jahresfinanzstatistik). Die derzeit bekannten Erwartungen des Hessischen Statistischen Landesamtes (HSL) an die Meldeinhalte sind nicht mit den kommunalen Vorgaben der GemHVO kompatibel, sondern berücksichtigen bundesrechtliche Muster.

Nach ersten Gesprächen zeichnet sich ab, dass es ökonomisch sinnvoller ist, in Kooperation mit den weiteren Doppik-Pilotkommunen einen neuen, GemHVO-konformen SAP-Mandanten aufzubauen und hierbei auch die aktuellen Statistikvorgaben zu berücksichtigen. Hierdurch werden zusätzliche Kosten in vermutlich sechsstelliger Größenordnung entstehen. Daneben werden vor allem die ohnehin knappen Personalressourcen der Verwaltung durch dieses Projekt stark belastet werden. Die Projektplanung ist derzeit in Vorbereitung.

Den betroffenen Kommunen wurde auf dem Erlassweg eine Übergangsfrist zur Anpassung an die GemHVO-Doppik bis zum 1.1.2009 zugestanden. Die Berichtsmuster wurden bereits zum Haushalt 2007 weitgehend an die Vorgaben der GemHVO-Doppik angepasst.

Nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen ist es fraglich, ob dem Lahn-Dill-Kreis wie auch den weiteren Doppik-Pilotkommunen eine Zuweisung zu den Anpassungskosten gewährt wird, wie dies gegenüber dem Innenministerium gefordert wurde.

- Zur Umsetzung des **Tagesbetreuungs-Ausbaugesetzes (TAG)** und des Kreistagsbeschlusses vom 6. Februar 2006, der ein Gesamtpaket mit 4 Umsetzungsschritten und Ausbaustufen nach dem TAG bis 2010 vorsieht, hat der Kreisausschuss am 23. Mai 2006 Richtlinien zur Förderung von Kindertageseinrichtungen beschlossen (Drucks. 112/2006).

Nach den genannten Richtlinien wird auf der Grundlage einer pauschalierten Förderung für den Zeitraum 2006 bis 2009 mit Kosten in Höhe von bis zu 3.027.600 € gerechnet, die sich auf die einzelnen Jahre wie folgt verteilen:

- o 2006 563.700 €
- o 2007 695.900 €
- o 2008 822.700 €
- o 2009 945.300 €

Ende 2006 bestanden 67 Kindertageseinrichtungen mit 84 altersübergreifenden Gruppen, 7 Hortgruppen und 1 Krippengruppe. Für diese wurde in 2006 eine Fördersumme in Höhe von 444.611,65 Euro ausgezahlt.

Es ist damit zu rechnen, dass – auch im Verbund mit dem ab 2007 anlaufenden Landesförderung („Bambini-Programm“) die Zielwerte der Ausbaustufen fast ein Jahr schneller erreicht werden als in der Prognose festgehalten. Für die in den künftigen Haushalten vorzusehenden Kosten werden sich daher aller Voraussicht nach Verschiebungen ergeben.

- Nach § 39 GemHVO-Doppik müssen für bestimmte Aufwendungen und ungewisse Verbindlichkeiten, die ihren wirtschaftlichen Grund in der laufenden Periode (Haushaltsjahr) haben, aber erst in einer späteren Periode zu Aufwand bzw. Auszahlungen führen, **Rückstellungen** gebildet werden. Zuführung zu oder Auflösung von Rückstellungen werden in aller Regel erst bei Aufstellung des Jahresabschlusses ermittelt. Soweit eine Zuführung notwendig wird, erhöht dies den Aufwand des jeweiligen Jahres und verschlechtert das im Ergebnishaushalt ausgewiesene Jahresergebnis. Umgekehrt sind Auflösungen nicht mehr benötigter Rückstellungen als Erträge zu berücksichtigen.

Die im Jahresabschluss 2006 vorzunehmenden Veränderungen der Rückstellungen stehen noch nicht abschließend fest.

3 Kreditportfoliomanagement

Bericht 3. und 4. Quartal 2006

Im 3. und 4. Quartal 2006 wurden aufgrund der Beschlüsse des Portfoliobeirates zwei Payerswaps abgeschlossen, d.h. der variable Zinssatz wurde jeweils in einen Festzinssatz umgewandelt. Es handelt sich hierbei um den auf variabler Basis im Jahre 2005 aufgenommenen Investitionskredit 2003 (Abschluss 17. 11. 06 zu 3,905 %) und den auf variabler Basis aufgenommenen 10-jährigen Kassenkredit zur Sicherung der Basisliquidität in Höhe von 50 Mio. € (Abschluss 27. 9. 2006 zu 3,833 %). In beiden Fällen konnten die Zinsdellen im langfristigen Bereich zu Gunsten des Lahn-Dill-Kreises ausgenutzt werden.

Zinsentwicklung 1. 2. 2006 bis 29. 1. 2007

	1-M- Euribor	3-M- Euribor	6-M- Euribor	5 Jahre fest	10 Jahre fest
01. 02. 2006	2,39	2,55	2,70	3,35	3,61
28. 06. 2006	2,89	3,00	3,19	4,02	4,28
27. 09. 2006	3,22	3,37	3,53	3,75	3,89
17. 11. 2006	3,40	3,60	3,74	3,88	3,97
29. 01. 2007	3,61	3,77	3,92	4,19	4,29
Steigerung % 1 Jahr	1,22	1,22	1,22	0,84	0,68

..

Wie aus o.g. Tabelle zu ersehen ist, sind die Prognosen und Zinsmeinungen des Portfoliobeirates eingetreten, d.h. die Zinsen im Kurzfristbereich sind kontinuierlich gestiegen, der Langfristbereich hat sich im letzten Halbjahr – bis auf die Zinsdellen – stabil gehalten.

4 Finanzbericht

4.1 Finanzmittelbestand per 31.12.2006

Konten	Bezeichnung	Bestand 31.12.03 €	Bestand 31.12.04 €	Bestand 31.12.05 vorläufig €	Bestand 30.09.06 vorläufig €	Bestand 31.10.06 vorläufig €	Bestand 30.11.06 vorläufig €	Bestand 31.12.06 vorläufig €
2801001	Girokonto Sparkasse Wetzlar	414.620,58	158.191,45	-1.262.303,23	-3.530.305,24	-5.339.997,57	-1.289.234,41	-81.064,07
2801100	Tagesgeldkonto Sparkasse	0,00	335.000,00	-25,95	0,00	0,00	0,00	1.769.769,54
2801101	Termingeldkonto Sparkasse	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2802001	Girokonto Sparkasse Dillenburg	540.005,32	16.935,37	13.937,95	-19.723,72	20.366,01	11.188,02	-19.723,72
2850001	Girokonto Postbank	55.528,19	96.295,41	57.065,40	24.473,19	9.866,73	8.298,01	8.435,87
2860001	Commerzbank Wetzlar	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	78.323,43
2871001	Guthaben bei der LZB	146.273,63	224.624,92	38.340,35	0,00	0,00	0,00	0,00
2880000	Kasse Wetzlar Bestand	26.003,74	17.134,93	20.508,36	7.462,59	15.993,70	15.309,75	15.305,16
2880100	Kasse Dillenburg Bestand	8.652,59	10.382,13	9.419,22	16.135,64	10.196,47	3.910,08	8.242,15
2890200	Geldautomat Verkehrsabt. Wetzlar	11.273,90	11.839,00	18.990,90	12.776,80	11.364,30	13.746,80	15.646,10
2890300	Geldautomat Verkehrsabt. Burg							7.080,55
	Summe (1) flüssige Mittel	1.202.357,95	870.403,21	-1.104.067,00	-3.489.180,74	-5.272.210,36	-1.236.781,75	1.802.015,01
2432490	Kassenkredit AEWLD	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2432690	Kassenkredit GWAB	150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4190010	Kassenkredite vom Geldmarkt	-10.500.000,00	-37.700.000,00	-59.000.000,00	-71.000.000,00	-73.000.000,00	0,00	-8.000.000,00
4190010	Kassenkredite vom Kapitalmarkt		0,00	0,00	0,00	0,00	-80.000.000,00	-80.000.000,00
4590900	Kassenkredite (verb. Untern.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Summe (2) Kassenkredite	-10.350.000,00	-37.700.000,00	-59.000.000,00	-71.000.000,00	-73.000.000,00	-80.000.000,00	-88.000.000,00
2432100	Clearingkonto Grube Fortuna	-4.531.690,03	-1.045.442,66	-1.623.208,78	-2.316.841,74	-2.508.691,29	-2.435.028,58	-2.426.564,42
2480100	Clearingkonto VLD	-2.749.479,78	-2.709.870,88	-5.354.522,00	-1.599.222,53	-2.054.430,30	-1.912.513,21	-2.882.918,29
	Summe (3) Clearingkonten	-7.281.169,81	-3.755.313,54	-6.977.730,78	-3.916.064,27	-4.563.121,59	-4.347.541,79	-5.309.482,71
	Finanzmittelbestand (negativ)	-16.428.811,86	-40.584.910,33	-67.081.797,78	-78.405.245,01	-82.835.331,95	-85.584.323,54	-91.507.467,70

4.2 Erläuterungen

Der Bestand an **flüssigen Mitteln Summe (1)** beinhaltet die Salden auf den Giro- und Tagesgeldkonten des Kreises einschließlich der Barkassen. Die **Summe (2) Kassenkredite** entspricht dem Bestand an Kassenkrediten externer Kreditgeber in Höhe von € 88.000.000.

Die im Bericht unter **Summe (3) Clearingkonten** addierten Konten „Grube Fortuna (2432100)“ und „VLD (2480100)“ stellen virtuelle Bankkonten dar. Der Eigenbetrieb Grube Fortuna und der Nahverkehrszweckverband Verkehrsverbund Lahn-Dill (VLD) verfügen (noch) nicht über eigene Bankkonten. Wären solche eingerichtet, müsste der Kreis den Saldo des Clearingkontos an den Betrieb zahlen (negativer Saldo: Verbindlichkeit) bzw. von dort erhalten (positiver Saldo: Forderung).

Der **Finanzmittelbestand** ist insgesamt negativ und betrug zum 31.12.2006 € **-91.507.468**.

Drucksache Nr.
Drucksache 66/2007

Mitteilungsvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	LDA	dwo-mu	LDA

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Betriebskommission "Lahn-Dill-Akademie"	13.03.2007		
Kreisausschuss	2007-02-21 00:00:00		
Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss	2007-02-28 00:00:00	Zur Kenntnis genommen	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

4. Wirtschaftsbericht der LDA vom 01.10. - 31.12.2006
 Erträge und Aufwendungen
 VHS-Kurse und Teilnehmer
 Musikschule monatlicher Datenvergleich

4. Wirtschaftsbericht der LDA 01.10. - 31.12.2006

1 INHALT DER MITTEILUNG

Der 4. Wirtschaftsbericht der LDA wird zur Kenntnis genommen.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

2.5 Befristung der Regelung/en

3 BEGRÜNDUNG

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung legt der Betriebskommission, dem Kreisausschuss und dem HFO den nach §§ 4 und 21 EigBGes vorgeschriebenen und als Anlage beigefügten 4. Wirtschaftsbericht 2006 vor.

gez.
Wolfgang Schuster
Landrat

Eigenbetrieb
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und
Erwachsenenbildung

4. Wirtschaftsbericht

der

Lahn-Dill-Akademie

für Jugend- und Erwachsenenbildung

für den Zeitraum

01.10.2006 bis 31.12.2006

Eigenbetrieb
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und
Erwachsenenbildung

A: Zusammenfassung

Die Betriebskommission der Lahn-Dill-Akademie nimmt den 4. Wirtschaftsbericht der „Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung“ – Eigenbetrieb des Lahn-Dill-Kreises – für den Zeitraum 01.10.2006 – 31.12.2006 in ihrer Sitzung am 13.03.2007 wie folgt zur Kenntnis.

Vorläufig!

	4. Quartal 2006			1. – 4. Quartal 2006		
	Plan €	Ist €	Abwei- chung €	Plan €	Ist €	Abwei- chung €
Erträge	359.128,-	437.990,-	78.862,-	1.436.512,-	1.505.608,-	69.096,-
Aufwendungen	347.465,-	411.638,-	64.173,-	1.389.860,-	1.434.992,-	45.132,-
Ergebnis	11.663,-	26.352,-	14.689,-	46.652,-	70.616,-	23.964,-



Eigenbetrieb
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und
Erwachsenenbildung

B: Erläuterungen und Maßnahmen

Das vierte Quartal des Geschäftsjahres 2006 schließt mit einem vorläufigen Ergebnis in Höhe von 26.352,- € ab, kumuliert betrachtet liegt unser Ergebnis mit 70.616,- € um 23.964,- € über Planniveau.

Um eine weitere Ergebnisstabilisierung nachhaltig zu erreichen, sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Die Schülerzahlen im Musikschulbereich sowie im Bereich der VHS sind weiterhin zu erhöhen. Als nächsten Schritt planen wir, über Aussenstellenleiter in den Kommunen die Teilnehmerquoten zu erhöhen.
- Das Angebot der LDA soll sowohl für Unternehmen als auch für kreiseigene Einrichtungen verstärkt als zentrale Weiterbildungsinstitution genutzt werden. Erste Verhandlungen laufen derzeit (z.B. mit den Lahn-Dill-Kliniken).
- Die Testierung unseres Qualitätsmanagementsystems ist im Dezember 2006 erfolgreich abgeschlossen worden. Die Entwicklungsziele für die nächsten vier Jahre werden nunmehr angegangen.
- Eine Gesprächsrunde mit den beiden Sportkreisvorsitzenden im Lahn-Dill-Kreis zur möglichen Abgrenzung und Kooperation der jeweiligen Tätigkeitsbereiche wurde von der Betriebsleitung initiiert. Auch die VHS Wetzlar wurde in die Gespräche eingebunden.
- Ein Vertrag über die Organisation und Abwicklung der Kurse in Zusammenhang mit der pädagogischen Mittagsbetreuung zwischen der LDA und der Gesamtschule Ehringhausen liegt unterschriftsreif vor. Die Zusammenarbeit ist zunächst für das laufende Schulhalbjahr fest vereinbart.

Eigenbetrieb
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und
Erwachsenenbildung

C: Erfolgsbericht 01.10.2006 – 31.12.2006

1. Erträge/Erlöse

Die Erträge/Erlöse sind im vierten Quartal um 78.862,- € höher als geplant. Diese Abweichung ergibt sich zum einen durch die Abgrenzung der Kursgebühren, die wir aufgrund der Lage der Kurse vorgenommen haben, zum anderen aus einem a.o. Ertrag.

In Zusammenhang mit den Teilnehmerzahlen betrachtet ergeben sich folgende Situationen in den einzelnen Fachbereichen:

- POS 1 Im Fachbereich Politik-Gesellschaft-Umwelt haben sich die Erlöse sehr positiv entwickelt und sind nahezu doppelt so hoch wie geplant. Dies ist zwar gegenläufig zu der gesunkenen Zahl der Kursteilnehmer, die Struktur der durchgeführten Kurse ermöglicht jedoch die gute Erlössituation.
- POS 2 Wie erwartet haben sich die Teilnehmerzahlen im Fachbereich Kultur gegenüber dem dritten Quartal erholt und liegen insgesamt im 2. Semester um 7,2 % über dem Vorjahreszeitraum. Die hohe Erlösabweichung im vierten Quartal liegt an den zeitlichen Abgrenzungen, kumuliert korrespondiert die Entwicklung mit der der Teilnehmerzahlen.
- POS 3 Trotz höherer Teilnehmerzahlen im Fachbereich Gesundheit haben wir unsere Planerlöse im Jahr 2006 nicht erreichen können (Abw.-4,0 %).
- POS 4 Die positive Entwicklung der Erlöse im Fachbereich Sprachen spiegeln die gestiegenen Teilnehmerzahlen wieder.
- POS 5 Die Zunahme der Teilnehmerzahlen von 20% im Fachbereich Arbeit und Beruf gegenüber dem Vorjahr hat sich insbesondere durch die niedrigpreisigen Integrationskurse (teilfinanziert durch die Arge) nicht in gleichem Maße in den Erlösen niedergeschlagen.

Eigenbetrieb
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und
Erwachsenenbildung

- POS 6 Sowohl die Erlöse gegenüber Plan, als auch die Teilnehmerzahlen gegenüber dem Vorjahr haben sich bei den Sonderveranstaltungen kumuliert betrachtet erfreulicherweise positiv entwickelt. Die Abweichung im vierten Quartal resultiert aus einer hohen Abgrenzung für Kurse, die mit hohem Anteil in 2007 stattfinden.
- POS 7 Der Zuweisungsbescheid ist mittlerweile eingegangen, demzufolge wir einen Zuschuss in Höhe von 186,8 T€ erhalten. Maßnahmegebundene Zuweisungen (z.B. für Hausaufgabenhilfe, Deutschkurse für Ausländer) erhielten wir in Höhe von 31,5 T€, die nicht explizit geplant waren.
- POS 8 Wir rechnen mit einer Bezuschussung der VHS von Seiten des Kreises in Höhe der Bezuschussung des Landes.
- POS 9 Wie erwartet sind die Schülerzahlen der Musikschule im Laufe des Herbstes angestiegen und liegen zum Jahresende auf Vorjahresniveau. Die Erlöse liegen sowohl im Quartal als auch kumuliert leicht unter unserem Planansatz.
- POS 10 Für die Musikschule haben wir vom Land eine Zuweisung erhalten, die etwas über unserem Planansatz liegt.
- POS 11 Insgesamt haben wir vom Kreis einen Zuschuss in geplanter Höhe erhalten.
- POS 12 Sonstige Erlöse
Als periodenfremden Ertrag haben wir Rückerstattungen verbucht, die uns für einen Mitarbeiter, dessen Rentenantrag nachträglich genehmigt wurde, gezahlt wurden.
Im vierten Quartal wurden uns die Zinserlöse für das bis zum 31.12.06 festgelegte Termingeld gutgeschrieben.
Die Erlöse aus Annoncen sind in der Gesamtsumme im dritten Quartal angefallen, betreffen jedoch das gesamte Semester.
Erstattung für Lehrmittel haben wir in diesem Quartal nur in geringer Höhe erhalten.



Eigenbetrieb

Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und

Erwachsenenbildung

Eigenbetrieb
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und
Erwachsenenbildung

2. Aufwendungen

Die Aufwendungen sind im vierten Quartal um 64.173,- € höher als geplant.
Dies hat folgende Hauptursachen:

- POS 1 Die Abweichung bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen bei der VHS korrespondiert mit den Abweichungen der Erlösseite.
Aus der Künstlersozialkasse erhielten wir eine Rückerstattung, die höher war als unsere gezahlten Beiträge.
- POS 2 Die Abweichung bei den Aufwendungen für Honorare für Musiklehrer resultiert u.a. aus der Lage der Herbstferien, in denen die Honorare durchbezahlt wurden.
Ebenfalls fiel die Lohnfortzahlung eines langzeiterkrankten Musiklehrers z.T. noch in diesen Zeitraum.
- POS 3 Für Resturlaub und Überstunden der Mitarbeiter haben wir eine leicht erhöhte Rückstellung in diesem Quartal gebildet. Die wesentliche Abweichung ergibt sich aus den Sonderzahlungen im letzten Quartal. Im neuen Jahr werden wir dies entsprechend abgrenzen.
- POS 4 Betrieblicher Verwaltungsaufwand
Beiträge und Gebühren sind nicht in geplantem Umfang angefallen, weil sie z.T. auch abhängig von der Anzahl der Unterrichtsstunden sind (GEMA, VGWORT).
Durch höhere Verrechnungssätze des Kreise haben wir im Bereich Fremdleistungen wesentlich höhere Aufwendungen als geplant. Die Endrechnung liegt uns noch nicht vor, sodass wir eine Rückstellung gebildet haben.
Unter sonstige Kosten haben wir einen Zuschuss an die IGS Ehringshausen verbucht.
- POS 5 Raumkosten
Im Berichtszeitraum wurde eine Erneuerung des Flurbelages im VHS-Gebäude durchgeführt.
Für die ausstehende Abrechnung der Mietnebenkosten haben wir eine Rückstellung gebildet.



Eigenbetrieb

Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und

Erwachsenenbildung

POS 6 Im Bereich Werbung/Öffentlichkeitsarbeit ist der Großteil der Aufwendungen zu Semesterbeginn im dritten Quartal angefallen, aufgelaufen erreichen wir Planniveau.



Eigenbetrieb
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und
Erwachsenenbildung

D / E: Vermögens- und Finanzbericht

Aus Eigenmitteln der LDA wurden im vierten Quartal 2006 1.072,87 € investiert (z.B. Laserdrucker 284,20 €, Faxgerät 425,16 €). Insgesamt haben wir im Jahr 2006 18.308,52 € in der LDA investiert.

Rückstellungen haben wir in erforderlichem Umfang vorgenommen.

Eigenbetrieb
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und
Erwachsenenbildung

F: Stellenübersicht

	Ist per 31.12.05	Ist per 31.03.06	Ist per 30.06.06	Ist per 30.09.06	Ist per 31.12.06	Plan 2006
Angestellte Leitung/ techn. Dienst	3	3	3	3	3	3
Angestellte VHS	4,47	4,56	4,56	4,56	4,56	4,51
Angestellte Msch.	5,02	4,97	4,97	4,92	4,92	4,90
Angestellte gesamt	12,49	12,53	12,53	12,48	12,48	12,41

Erläuterung zur Stellenübersicht

- Gegenüber dem dritten Quartal ist die Anzahl der Mitarbeiter konstant geblieben.
- Die Krankenquote betrug im vierten Quartal 2006 5,9%, insgesamt im Jahr 2006 3,23% (VJ gesamt 3,06%). Diese Quote ist i.W. durch den langfristigen Ausfall eines Musiklehrers beeinflusst.
- Urlaub und Resturlaub wurden planmäßig abgebaut.
Für geleistete Überstunden wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Eigenbetrieb
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und
Erwachsenenbildung

G / H: Schulden- und Rücklagenübersicht

Art der Schulden	Stand per 31.12.2005 €	Stand per 31.03.2006 €	Stand per 30.06.2006 €	Stand per 30.09.2006 €	Stand per 31.12.2006 €
Konto Sparkasse	0,-	- 10.080,80	- 18.138,91	728,60	0,-
Tagesfestgeld Sparkasse	614.118,53	754.188,40,-	687.524,-	199.339,39	184.182,14
Festgeld	0,-	0,-	0,-	500.000,-	500.000,-
Barkasse	85,01	249,66	112,60	456,97	150,66
Gesamt	614.203,54	744.357,26	669.497,69	700.524,96	684.332,80

Das Tagesfestgeld bei der Sparkasse wird je nach Zinsstaffel mit max. 2,5% verzinst.
Seit August haben wir bis zum 31.12.06 Festgeld in Höhe von 500 T€ zu einem Zinssatz von 3,1% angelegt.

Eigenbetrieb
Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und
Erwachsenenbildung

I: Teilnehmerübersichten

VHS

Die Teilnehmerzahlen liegen im 2. Semester 2006 knapp 8% über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Damit liegen wir mit ca. 6.159 VHS-Besuchern in 2006 12% (!) über den Teilnehmerzahlen aus 2005 (Zuwachs von 683 Teilnehmern!).

Musikschule

Erwartungsgemäß sind die Schülerzahlen nach den Herbstferien wieder angestiegen, sodass wir zum Jahresende leicht über dem Vorjahresniveau liegen. Ein Großteil der Schüler des langzeiterkrankten Musiklehrers wird bis zu seiner Rückkehr von einer Honorarkraft betreut. Dadurch hat sich die Anzahl der Wochenstunden in der Aufstellung der Lehrerbelegung vom Bereich Festangestellte in den Bereich Freiberufler verschoben.

Dworaczek
Betriebsleiter

Wetzlar, den 21.02.2007

Drucksache Nr.
Drucksache 56/2007

Mitteilungsvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	AEWLD	Dwo/St	AEWLD

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Betriebskommission Abfallwirtschaft	14.02.2007		
Kreisausschuss	2007-02-21 00:00:00		
Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss	2007-05-03 00:00:00	Zur Kenntnis genommen	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

4. Wirtschaftsbericht 1.10. - 31.12.2006
Stoffstrommanagement MBS Aßlar
Erlöse und Erträge

4. Wirtschaftsbericht vom 01.10. - 31.12.2006

1 INHALT DER MITTEILUNG

Der 4. Wirtschaftsbericht der AEWLD wird zur Kenntnis genommen.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

2.5 Befristung der Regelung/en

3 BEGRÜNDUNG

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill legt der Betriebskommission, dem Kreisausschuss und dem HFO den nach §§ 4 und 21 EigBGes vorgeschriebenen und als Anlage beigefügten 4. Wirtschaftsbericht 2006 vor.

gez.
Wolfgang Schuster
Landrat

Drucksache Nr.
Drucksache 58/2007

Mitteilungsvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	Grube Fortuna	Dwo/St	Grube Fortuna

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Betriebskommission "Grube Fortuna"	16.02.2007		
Kreisausschuss	2007-02-21 00:00:00		
Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss	28.02.2007	Zur Kenntnis genommen	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

4. Wirtschaftsbericht Grube Fortuna
Budgetbericht
Besucherzahlen

4. Wirtschaftsbericht vom 1.10. - 31.12.2006 der "Grube Fortuna"

1 INHALT DER MITTEILUNG

Der 4. Wirtschaftsbericht der „Grube Fortuna“ wird zur Kenntnis genommen.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

2.5 Befristung der Regelung/en

3 BEGRÜNDUNG

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ legt der Betriebskommission, dem Kreis Ausschuss und dem HFO den nach §§ 4 und 21 EigBGes vorgeschriebenen und als Anlage beigefügten 4. Wirtschaftsbericht 2006 vor.

gez.

Wolfgang Schuster
Landrat



Eigenbetrieb Grube Fortuna
Besucherbergwerk



4. Wirtschaftsbericht

des

Besucherbergwerks „Grube Fortuna“

- Eigenbetrieb des Lahn-Dill-Kreises –

für den Zeitraum

01.10.2006 bis 31.12.2006



Eigenbetrieb Grube Fortuna
Besucherbergwerk
4. Wirtschaftsbericht 2006



A: Zusammenfassung

Die Betriebskommission der Grube Fortuna nimmt den 4. Wirtschaftsbericht des „Besucherbergwerks Grube Fortuna“ - Eigenbetrieb des Lahn-Dill-Kreises - für den Zeitraum 01.10. - 31.12.2006 in ihrer Sitzung am 16.02.2007 mit folgenden vorläufigen Ergebnissen zur Kenntnis.

in €	4. Quartal 2006			1. – 4. Quartal 2006		
	Plan	Ist	Abweichung	Plan	Ist	Abweichung
Erträge	38.882,-	161.888,-	123.006,-	953.221,-	1.290.250,-	337.029,-
Aufwendungen	133.308,-	134.413,-	1.105,-	525.219,-	514.828,-	10.391,-
Ergebnis	-94.425,-	27.475,-	121.900,-	428.002,-	775.286,-	347.284,-
Verwaltungsergebnis	-97.675,-	3.591,-	101.266,-	-302.690,-	-214.262,-	88.428,-



Eigenbetrieb Grube Fortuna
Besucherbergwerk
4. Wirtschaftsbericht 2006



B: Erläuterungen und Maßnahmen

Das vierte Quartal des Geschäftsjahres 2006 schließt mit einem vorläufigen Ergebnis in Höhe von ca. 27,5 T€ ab, das um 121,9 T€ positiver ausfällt als geplant. Dieses Ergebnis ist jedoch im Wesentlichen beeinflusst durch eine Rückstellung für Pensionsverpflichtungen, die wir einem BFH-Urteil folgend zum Jahresende aufgelöst haben.

Um die geplanten Betriebsergebnisse weiter zu verbessern, sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

- a) Die komplette Übernahme der ehemaligen Aufgaben des Fördervereins muss sichergestellt werden. Die Wiedereröffnung der Grube Fortuna ist für den 27.03.2007 geplant.
- b) Die anstehenden Investitionen und Personalentscheidungen machen wirtschaftlich nur bei einer mittelfristigen Fortführung der Grube Fortuna, mindestens bis zum Jahr 2014, Sinn.
- c) Die Besucherzahlen müssen 2007 durch die Umsetzung eines professionelles Marketing- und Vertriebskonzepts in enger Abstimmung mit dem LDK-Tourismus und dem Lahntal-Tourismus-Verband unter Federführung des Eigenbetriebes erhöht werden.
- d) Die Reaktivierung von Event-Veranstaltungen in 2007 sollen die Besucherzahlen ebenfalls wieder ansteigen lassen. Zunächst ist die Versorgung der Besucher über einen eigenen Imbissbereich geplant.
- e) Die Anerkennung als „Kulturdenkmal von nationalem Rang“ wird nach Begutachtung durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur befürwortet und einer Kommission des Bundesinnenministeriums vorgeschlagen. Ergebnisse liegen noch nicht vor.
- f) Nach der Kündigung des Kooperationsvertrages mit dem Förderverein müssen zunächst alle offenen Verhandlungsthemen abgearbeitet und entschieden werden. Im Anschluss daran sind Neu-Vertragsverhandlungen geplant.
- g) Die Klage eines ehemaligen Aushilfsführers auf Weiterbeschäftigung muss abgewendet werden.



Eigenbetrieb Grube Fortuna
Besucherbergwerk
4. Wirtschaftsbericht 2006



- h) Das Wirtschaftsministerium hat seine Unterstützung bei einer möglichen Automatisierung des Einfahrtbetriebes signalisiert. Ein entsprechender Antrag ist abgegeben worden.
- i) Die Absicherung der Löschwasserversorgung, möglicherweise durch Übernahme des Löschwasserteiches der Enwag, muss gelingen.



Eigenbetrieb Grube Fortuna
Besucherbergwerk
4. Wirtschaftsbericht 2006



C: Erfolgsbericht 01.10. – 31.12.2006

1. Erträge/Erlöse

Die vorläufigen Erträge/Erlöse sind im vierten Quartal um 123,0 T€ höher als geplant (Abw.16,0 T€ ohne Auflösung der Rückstellung für Pensionsverpflichtung).

Dies hat folgende Hauptursachen:

- Pos. 1: Privat-, öffentlich rechtliche Leistungsentgelte
Durch die schwachen Besucherzahlen im Herbst konnten die geplanten Erlöse nicht erzielt werden.
- Pos. 3: Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren aus der Auflösung einer Rückstellung für Pensionsverpflichtungen, die wir einem BFH-Urteil folgend zum Jahresende vorgenommen haben.
Die Spitzabrechnung der Nebenkosten des Fördervereins steht noch aus, bei der wir eine erhebliche Nachzahlung erwarten. Wegen der Unsicherheit haben wir dies jedoch nicht berücksichtigt.
- Pos. 15: Die Zinserträge für das Clearingkonto beim LDK sind auch in diesem Quartal, beeinflusst durch verbesserte Liquidität und dem aktuellen Zinssatz höher als geplant.



Eigenbetrieb Grube Fortuna
Besucherbergwerk
4. Wirtschaftsbericht 2006



2. Aufwendungen

Die vorläufigen Aufwendungen liegen im vierten Quartal 2006 nahezu auf Planniveau.

Dies hat folgende Hauptursachen:

Pos. 7a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Durch eine Heizöllieferung im Oktober liegen wir im Bereich Energie in diesem Quartal leicht über unserem Planansatz, insgesamt jedoch erreichen wir durch nicht in Anspruch genommene Materialaufwendungen unseren Planansatz.

Pos. 7b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

Fremdleistungen für Instandhaltungen sind nicht in geplantem Umfang angefallen.

Pos. 8) Vergütungen an tariflich Beschäftigte, Sozialabgaben

Die Einsparungen im Personalbereich setzen sich fort. Hinzu kommt in diesem Quartal eine Reduzierung der Rückstellungen für Urlaub und Zeitguthaben.

Pos.10b) Sonstige Aufwendungen Rechte/Dienste

Für die Aufwendungen für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer haben wir zum Jahresende eine Rückstellung gebildet.

Pos.10c) Aufwendungen Kommunikation, Dokumente

Die Aufwendungen für den Druck der Eintrittskarten haben wir in diesem Quartal zurückgestellt.



Eigenbetrieb Grube Fortuna
Besucherbergwerk
4. Wirtschaftsbericht 2006



D / E: Vermögens- und Finanzbericht

Aus Mitteln der Grube Fortuna wurden im vierten Quartal 2006 keine Investitionen getätigt.

Insgesamt wurde bisher eine Gesamtsumme von 2,8 T€ investiert.



Eigenbetrieb Grube Fortuna
Besucherbergwerk
4. Wirtschaftsbericht 2006



F: Stellenübersicht

	Stand per 31.12. 05	Stand per 31.03.06	Stand per 30.06.06	Stand per 30.09.06	Stand per 31.12.06	Plan 2006
Mitar- beiter	6,1	6,1	6,1	5,1	5,1	5,1

Erläuterung zur Stellenübersicht

- Gegenüber dem dritten Quartal ist die Anzahl der Mitarbeiter konstant geblieben.
- In der Mitarbeiterzahl ist eine befristet verrentete Mitarbeiterin (0,67 Stellen) enthalten
- Die Krankenquote betrug im vierten Quartal 2006 20,0%, was durch den Ausfall einer Mitarbeiterin während des gesamten Zeitraums begründet ist. Insgesamt betrug die Krankenquote im Jahr 2006 11,21% (Ges. 2005: 2,44%).
- Urlaub wird regelmäßig abgebaut.
- Für bestehende Überstunden wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.



Eigenbetrieb Grube Fortuna
Besucherbergwerk
4. Wirtschaftsbericht 2006



G / H: Schulden- und Rücklagenübersicht

	Stand per 31.12.2005 €	Stand per 31.03.2006 €	Stand per 30.06.2006 €	Stand per 30.09.2006 €	Stand per 31.12.2006 €
Clearingkonto LDK (Forderung)	1.596.665,05	2.199.200,-	2.105.756,-	2.517.423,-	2.390.146,88

Das Clearingkonto wird mit durchschnittlich 3,95 % verzinst.

Schulden sind nicht vorhanden.



Eigenbetrieb Grube Fortuna
Besucherbergwerk
4. Wirtschaftsbericht 2006



I: Besucherzahlen

Im Jahr 2006 waren mit 21.506 gegenüber dem Vorjahr mit 25.900 17% weniger Besucher zu verzeichnen. Die witterungsbedingt geringen Besucherzahlen im Hochsommer konnten auch durch anhaltend schönes Herbstwetter im Oktober und November nicht aufgefangen werden. Die fehlenden Event-Veranstaltungen haben an dieser Entwicklung ebenso einen wesentlichen Anteil wie fehlende Werbemaßnahmen.

F. Dworaczek
1. Betriebsleiter

Wetzlar, den 09.02.2006

1903 Besucherbergwerk Grube Fortuna

Stand: 09.02.2007

Berichtszeitraum:

10 - 12 / 2006

Berichtswährung: EUR

Pos. KVKR Inhalt	Ist 2005 gesamt	Berichtszeitraum			kumulierte Jahreswerte		
		Ist 10 bis 12 /2006	Plan 10 bis 12 /2006	Abw. 10 bis 12 /2006	Ist 1 bis 12 /2006	Plan 1 bis 12 /2006	Abw. 1 bis 12 /2006
1. 50/51 Privat-, öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	180.501,54-	20.396,00-	33.900-	13.504,00-	140.742,50-	180.800-	40.057,50-
3. 53 Sonstige betriebl. Erträge	12.862,68-	117.607,68-	1.732-	115.875,43	125.559,10-	6.929-	118.630,10
6. 59 Erlöse aus Zuweisungen/Zuschüsse	35.376,28-				34.263,38-	34.800-	536,62-
7.a) 60 Aufwend. für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	52.738,69	15.330,08	14.450	880,08-	56.214,01	57.800	1.585,99
b) 61 Aufwend. für bezogene Leistungen	132.888,17	32.235,27	20.350	11.885,27-	125.278,55	81.400	43.878,55-
8.a) 62 Löhne (ab 01.10.2005 in KG 63 enthalten)	116.896,58						
b) 63 Gehälter, Vergütungen, Bezüge	96.754,78	46.419,33	63.950	17.530,67	182.572,14	239.260	56.687,86
c) 64 Soziale Abgaben, Altersvorsorge	68.497,27	17.492,64	12.800	4.692,64-	56.743,48	51.200	5.543,48-
* Summe Personalaufwand	282.148,63	63.911,97	76.750	12.838,03	239.315,62	290.460	51.144,38
9. 65 Abschreibungen	56.483,77	13.324,00	14.125	801,00	53.918,26	56.500	2.581,74
10.a) 66 Sonstige Personalaufwendungen	150,00	162,36	138	24,86-	499,52	550	50,48
b) 67 Sonstige Aufwend. Rechte/Dienste	24.916,51	9.126,85	3.970	5.157,10-	16.614,18	15.879	735,18-
c) 68 Aufwend. Kommunikation, Dokumentation	14.757,17	322,44	3.525	3.202,56	14.522,42	14.100	422,42-
d) 69 Sonstige Aufwendungen, Beiträge	8.289,36				8.464,77	8.530	65,23
* 13. Verwaltungsergebnis	343.631,80	3.590,71-	97.675	101.265,71	214.262,35	302.690	88.427,65
14. 54 Erträge aus Beteiligungen	909.622,61-				909.622,61-	717.692-	191.930,61
15. 55 sonstige Zinsen u. ähnl. Erträge	48.159,01-	23.884,09-	3.250-	20.634,09	79.712,21-	13.000-	66.712,21
* 18. Finanzergebnis	957.781,62-	23.884,09-	3.250-	20.634,09	989.334,82-	730.692-	258.642,82
19. 56 Außerordentliche Ertäge					350,00-		350,00
* 21. außerordentliches Ergebnis					350,00-		350,00
** 22. neutrales Ergebnis	957.781,62-	23.884,09-	3.250-	20.634,09	989.684,82-	730.692-	258.992,82
23. 70 Betriebliche Steuern	136,51				136,51		136,51-
*** 26. Jahresergebnis (- =Überschuss/+ =Fehlbetrag)	614.013,31-	27.474,80-	94.425	121.899,80	775.285,96-	428.002-	347.283,96



Eigenbetrieb Besucherbergwerk "Grube Fortuna"

Besucherzahlen 2005 - 2006

	2005										
	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Gesamt
Erwachsene	583	685	1.683	1.202	1.519	1.842	1.283	1.417	278		10.492
Kombi-Ticket Erwachsene											
Kinder und Jugendliche	608	1.335	1.844	2.136	2.496	2.058	1.420	1.766	398		14.061
Kombi-Ticket Kinder											
Schüler 4,00 €											
Mus.Päd. Führung	84	20	47	22	19	75	34	0	0		301
Sonderführung 8,00 €											
Spezialführung	15	7	10	41	47	0	8	21	36		185
Freikarten	40	95	71	156	126	77	104	151	41		861
Gesamt	1.330	2.142	3.655	3.557	4.207	4.052	2.849	3.355	753	0	25.900
Kumuliert		3.472	7.127	10.684	14.891	18.943	21.792	25.147	25.900		
Erlöse Eintritt [€]	8.910,00	13.150,00	24.886,00	22.200,00	27.044,00	27.168,00	19.075,00	21.963,00	5.062		170.850,70
Preis p. Besucher	6,70 €	6,14 €	6,81 €	6,24 €	6,43 €	6,70 €	6,70 €	6,55 €	6,72 €		6,60 €

	2006										
	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Gesamt
Erwachsene	73	1.006	1.078	1.211	930	1.729	1.069	1.022	225		8.343
Kombi-Ticket Erwachsene		2									2
Kinder und Jugendliche	179	1.004	1.761	1.411	730	1.533	572	798	101		8.089
Kombi-Ticket Kinder		1									1
Schüler 4,00 €				1.078	766	26	1.232	668	114		3.884
Mus.Päd. Führung	17	0	59	61	13	0	16	0	12		178
Sonderführung 8,00 €					1	10	46	0	0		57
Spezialführung	15	45	16	38	10	34	42	0	0		200
Spezialführ. einmalig 150 €						15					15
Freikarten	30	60	67	137	96	48	157	103	39		737
Gesamt	314	2.118	2.981	3.936	2.546	3.395	3.134	2.591	491	0	21.506
Kumuliert	314	2.432	5.413	9.349	11.895	15.290	18.424	21.015	21.506		
Erlöse Eintritt [€]	1.861,00	14.442,00	19.110,00	22.263,00	15.373,00	24.130,00	18.459,00	15.860,00	3.070		134.568
φ Erlös p. Besucher	5,93 €	6,82 €	6,41 €	5,66 €	6,04 €	7,11 €	5,89 €	6,12 €	6,25 €		

Besucherzahlen/Erlöse Besucherbergwerk "Grube Fortuna"**Monat: Juni**

Art der verk. Tickets	Anzahl	Einzelpreis €	Gesamterlös €
Erwachsene	1.211	9,00	10.899,00
Kinder und Jugendliche	1.411	5,00	7.055,00
Museumspädagogische Führung	61	7,00	427,00
Sonderführung I	1078	4,00	4.312,00
Sonderführung II		4,50	0,00
Sonderführung III		6,00	0,00
Spezial Führung	38	190,00	570,00
Freikarten	137	0,00	0,00
Kombiticket Erwachsene		10,00	0,00
Kombiticket Kinder		5,50	0,00
Gesamt	3.936		23.263,00
abzgl. Rechnung vom 07.05.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			135,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			400,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			124,00
abzgl. Rechnung vom 21.06.2006			109,00
abzgl. Rechnung vom 21.06.2006			65,00
abzgl. Rechnung vom 22.06.2006			224,00
abzgl. Rechnung vom 26.06.2006			543,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			197,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			185,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			132,00
Gesamtüberweisung an Kreiskasse			20.959,00

Besucherzahlen/Erlöse Besucherbergwerk "Grube Fortuna"**Monat: Juli**

Art der verk. Tickets	Anzahl	Einzelpreis €	Gesamterlös €
Erwachsene	930	9,00	8.370,00
Kinder und Jugendliche	730	5,00	3.650,00
Museumspädagogische Führung	13	7,00	91,00
Sonderführung I	766	4,00	3.064,00
Sonderführung II		4,50	0,00
Sonderführung III		6,00	0,00
Sonderführung IV	1	8,00	8,00
Spezial Führung	10	190,00	190,00
Freikarten	96	0,00	0,00
Kombiticket Erwachsene		10,00	0,00
Kombiticket Kinder		5,50	0,00
Gesamt	2.546		15.373,00
abzgl. Rechnung vom 07.07.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 07.07.2006			226,00
abzgl. Rechnung vom 17.07.2006			180,00
abzgl. Rechnung vom 17.07.2006			72,00
Gesamtüberweisung an Kreiskasse			14.705,00

Besucherzahlen/Erlöse Besucherbergwerk "Grube Fortuna"**Monat: August**

Art der verk. Tickets	Anzahl	Einzelpreis €	Gesamterlös €
Erwachsene	1.729	9,00	15.561,00
Kinder und Jugendliche	1.533	5,00	7.665,00
Museumspädagogische Führung	0	7,00	0,00
Sonderführung I (Schüler 4,-)	26	4,00	104,00
Sonderführung II		4,50	0,00
Sonderführung III		6,00	0,00
Sonderführung IV	10	8,00	80,00
Spezial Führung I	34	190,00	570,00
Spezial Führung II	15	150,00	150,00
Freikarten	48	0,00	0,00
Kombiticket Erwachsene		10,00	0,00
Kombiticket Kinder		5,50	0,00
Gesamt	3.395		24.130,00
abzgl. Rechnung vom 20.06.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 20.06.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 20.06.2006			150,00
abzgl. Rechnung vom 20.07.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 10.08.2006			256,00
abzgl. Rechnung vom 10.08.2006			95,00
abzgl. Rechnung vom 28.06.2006			126,00
Gesamtüberweisung an Kreiskasse			22.933,00

Besucherzahlen/Erlöse Besucherbergwerk "Grube Fortuna"**Monat: September**

Art der verk. Tickets	Anzahl	Einzelpreis €	Gesamterlös €
Erwachsene	1.069	9,00	9.621,00
Kinder und Jugendliche	572	5,00	2.860,00
Museumspädagogische Führung	16	7,00	112,00
Sonderführung I	1232	4,00	4.928,00
Sonderführung II		4,50	0,00
Sonderführung III		6,00	0,00
Sonderführung IV	46	8,00	368,00
Spezial Führung	42	190,00	570,00
Freikarten	157	0,00	0,00
Kombiticket Erwachsene		10,00	0,00
Kombiticket Kinder		5,50	0,00
Gesamt	3.134		18.459,00
abzgl. Rechnung vom 07.05.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			243,00
abzgl. Rechnung vom 21.06.2006			808,00
abzgl. Rechnung vom 21.06.2006			132,00
abzgl. Rechnung vom 22.06.2006			225,00
abzgl. Rechnung vom 26.06.2006			148,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			256,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			121,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			171,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			237,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			84,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			220,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			180,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			100,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			228,00
Gesamtüberweisung an Kreiskasse			14.736,00

Besucherzahlen/Erlöse Besucherbergwerk "Grube Fortuna"**Monat: Juni**

Art der verk. Tickets	Anzahl	Einzelpreis €	Gesamterlös €
Erwachsene	1.211	9,00	10.899,00
Kinder und Jugendliche	1.411	5,00	7.055,00
Museumspädagogische Führung	61	7,00	427,00
Sonderführung I	1078	4,00	4.312,00
Sonderführung II		4,50	0,00
Sonderführung III		6,00	0,00
Spezial Führung	38	190,00	570,00
Freikarten	137	0,00	0,00
Kombiticket Erwachsene		10,00	0,00
Kombiticket Kinder		5,50	0,00
Gesamt	3.936		23.263,00
abzgl. Rechnung vom 07.05.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			135,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			400,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			124,00
abzgl. Rechnung vom 21.06.2006			109,00
abzgl. Rechnung vom 21.06.2006			65,00
abzgl. Rechnung vom 22.06.2006			224,00
abzgl. Rechnung vom 26.06.2006			543,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			197,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			185,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			132,00
Gesamtüberweisung an Kreiskasse			20.959,00

Besucherzahlen/Erlöse Besucherbergwerk "Grube Fortuna"**Monat: Juni**

Art der verk. Tickets	Anzahl	Einzelpreis €	Gesamterlös €
Erwachsene	1.211	9,00	10.899,00
Kinder und Jugendliche	1.411	5,00	7.055,00
Museumspädagogische Führung	61	7,00	427,00
Sonderführung I	1078	4,00	4.312,00
Sonderführung II		4,50	0,00
Sonderführung III		6,00	0,00
Spezial Führung	38	190,00	570,00
Freikarten	137	0,00	0,00
Kombiticket Erwachsene		10,00	0,00
Kombiticket Kinder		5,50	0,00
Gesamt	3.936		23.263,00
abzgl. Rechnung vom 07.05.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			135,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			400,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			124,00
abzgl. Rechnung vom 21.06.2006			109,00
abzgl. Rechnung vom 21.06.2006			65,00
abzgl. Rechnung vom 22.06.2006			224,00
abzgl. Rechnung vom 26.06.2006			543,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			197,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			185,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			132,00
Gesamtüberweisung an Kreiskasse			20.959,00

Besucherzahlen/Erlöse Besucherbergwerk "Grube Fortuna"**Monat: Juni**

Art der verk. Tickets	Anzahl	Einzelpreis €	Gesamterlös €
Erwachsene	1.211	9,00	10.899,00
Kinder und Jugendliche	1.411	5,00	7.055,00
Museumspädagogische Führung	61	7,00	427,00
Sonderführung I	1078	4,00	4.312,00
Sonderführung II		4,50	0,00
Sonderführung III		6,00	0,00
Spezial Führung	38	190,00	570,00
Freikarten	137	0,00	0,00
Kombiticket Erwachsene		10,00	0,00
Kombiticket Kinder		5,50	0,00
Gesamt	3.936		23.263,00
abzgl. Rechnung vom 07.05.2006			190,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			135,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			400,00
abzgl. Rechnung vom 19.06.2006			124,00
abzgl. Rechnung vom 21.06.2006			109,00
abzgl. Rechnung vom 21.06.2006			65,00
abzgl. Rechnung vom 22.06.2006			224,00
abzgl. Rechnung vom 26.06.2006			543,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			197,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			185,00
abzgl. Rechnung vom 04.07.2006			132,00
Gesamtüberweisung an Kreiskasse			20.959,00

Drucksache Nr.
Drucksache 68/2007

Mitteilungsvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	10 Fachbereichskoordination FB 1	10 Kr	10 FBL 4

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreisausschuss	2007-03-07 00:00:00		
Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss	2007-02-28 00:00:00	Zur Kenntnis genommen	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

4. Quartalsbericht 2006 GWAB

4. Quartalsbericht 2006 der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen mbH

1 INHALT DER MITTEILUNG

Der 4. Quartalsbericht 2005 der GWAB mbH wird zur Kenntnis genommen.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

Keine

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

Keine

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

Keine

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

Keine

2.5 Befristung der Regelung/en

Keine

3 BEGRÜNDUNG

Die Geschäftsführung der GWAB mbH hat den 4. Quartalsbericht 2006 erstellt. Teil dieses Berichtes ist auch eine Verlaufsdarstellung der Quartale 1 bis 3 des Jahres 2006. Kreisausschuss und Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss werden gebeten, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich hinsichtlich des 4. Quartals 2006 um vorläufige Zahlen handelt und der endgültige Jahresabschluss 2006 davon abweichen kann.

gez.

Günther Kaufmann-Ohl

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter

Bericht

4. Quartal 2006

Bericht

4. Quartal 2006



Personal/ TeilnehmerInnen (31.12.2006)

85 Angestellte (davon 37 in Teilzeit und 29 befristet)

160 Jugendliche in der Berufsvorbereitung

72 Auszubildende

315 Beschäftigte zur Qualifizierung (Arbeitsgelegenheiten nach SGBII)

Die Jugendlichen in der Berufsvorbereitung, die Auszubildenden und die Angestellten über Entgeltvariante (7 befr.) nach dem SGBII sind über Förderprogramme der Bundesagentur für Arbeit, der Lahn-Dill-Arbeit und des Landes Hessen/ ESF finanziert.

Die Beschäftigten zur Qualifizierung sind Arbeitslosengeld II- EmpfängerInnen, die von der Lahn-Dill-Arbeit für Arbeitsgelegenheiten nach dem SGBII zugewiesen und finanziert werden.

Erläuterungen zum Plan-Ist-Vergleich 2006

Der Wirtschaftsplan 2006 wurde auf der Datenbasis August 2005 erstellt und im Oktober 2005 für den Haushalt 2006 des LDK eingereicht. In der Aufsichtsratssitzung am 24.11.2005 wurden die Planzahlen für den Wirtschaftsplan 2006 besprochen und in der Gesellschafterversammlung am 13.12.2005 verabschiedet.

Der wirtschaftliche Verlauf 2006 hat sich sehr positiv gestaltet. In den Zweckbetrieben war eine Steigerung der Umsätze möglich. Dieser wird im Wesentlichen von der Ausweitung der Kioske und Mensen im Rahmen der Ganztagsangebote an den Schulen im LDK getragen.

Die Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge basiert ganz wesentlich auf der erneut gewonnenen Durchführung der Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB). Eine Steigerung in den Maßnahmen der ambulanten Hilfen (SPFH), eine Ausweitung der Integrationshilfen, die durch den Zivildienst und über FSJ getragen werden und eine Reihe neuer Projekte wie das mit dem LDK durchgeführte Landesprogramm Perspektive in Arbeit (PiA) trug ebenso zu der beachtlichen Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge bei.

Die Steigerungen in dem Materialaufwand beziehungsweise den Personalkosten und betrieblichen Aufwendungen korrespondieren mit den oben genannten Steigerungen. Bei dem Materialaufwand sind die zugekauften Grundstoffe der Hauswirtschaft und die Vorprodukte des Recycling- Kaufhauses ausschlaggebend.

Der gestiegene Personalaufwand ist an die zusätzlichen Berufsvorbereitungs-, Ausbildungs- und Betreuungsprojekte gekoppelt, da dort in der Regel Qualifizierungs-Personalschlüssel vorgegeben werden. Die Betriebskosten steigen naturgemäß zur betrieblichen Nutzung, allerdings unterproportional. Die Abschreibungen haben sich langsamer nach unten entwickelt als geplant, da doch einige Direktinvestitionen durchgeführt werden mussten, die nicht immer auf Leasingbasis sinnvoll sind.

Das positive Betriebsergebnis wird durch die Zins-Aufwands- bzw. -Ertragssituation der GWAB noch weiter verbessert. Allerdings bleibt anzumerken, dass die vorgelegten Zahlen vorläufig sind und bereits gegenwärtig durch Korrekturen von 70- 90. TEUR bereinigt und reduziert werden müssen.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2007

Der Wirtschaftsplan 2007 wurde auf der Datenbasis Juni 2006 erstellt und im August 2006 für den Haushalt 2007 des LDK eingereicht. In der Aufsichtsratssitzung am 28.09.2006 wurden die Planzahlen für den Wirtschaftsplan 2007 besprochen und in der Gesellschafterversammlung am 16.11.2006 endgültig genehmigt.

Nach heutigem Kenntnisstand ist der Wirtschaftsplan 2007 sehr konservativ aufgestellt und wird allein durch die hinzugewonnenen Projekte wie die Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) in Folge mit der Option auf zwei Folgejahre bei unterstellter Weiterführung sicher deutlich überschritten werden.

Wetzlar, 08.02.2007

gez.
Carl - E. Cloos

gez.
Kerstin Gerbig

	Plan 2006		4. Q 2006		Plan 2007	
			* Abschluss vorläufig		*Datenbasis Juni'06	
Umsatzerlöse	2.500.000 €	45%	2.700.543 €	41%	2.500.000 €	45%
Sonstige betriebliche Erträge	3.040.000 €	55%	3.917.716 €	59%	3.040.000 €	55%
Summe Erträge	5.540.000 €		6.618.259 €		5.540.000 €	
Materialaufwand (inkl. Fremdleistungen)	-700.000 €	13%	-920.124 €	15%	-700.000 €	13%
Personalaufwand	-3.150.000 €	58%	-3.578.287 €	57%	-3.150.000 €	58%
Abschreibungen (AfA)	-145.000 €	3%	-148.003 €	2%	-145.000 €	3%
Betriebliche Aufwendungen (inkl. Steuern)	-1.460.000 €	27%	-1.658.796 €	26%	-1.460.000 €	27%
Summe Aufwendungen	-5.455.000 €		-6.305.210 €		-5.455.000 €	
Betriebsergebnis	85.000 €		313.049 €		85.000 €	
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	-50.000 €		-40.227 €		-50.000 €	
Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	5.000 €		25.253 €		5.000 €	
Geschäftsergebnis	40.000 €		298.075 €		40.000 €	

	Plan 2006		Plan 3.Q.06		Ist 3.Q.06	
Umsatzerlöse	2.500.000 €	45%	1.875.000 €	45%	1.933.073 €	41%
Sonstige betriebliche Erträge	3.040.000 €	55%	2.280.000 €	55%	2.813.328 €	59%
Summe Erträge	<u>5.540.000 €</u>		<u>4.155.000 €</u>		<u>4.746.401 €</u>	
Materialaufwand (inkl. Fremdleistungen)	-700.000 €	13%	-525.000 €	13%	-659.882 €	14%
Personalaufwand	-3.150.000 €	58%	-2.362.500 €	58%	-2.668.408 €	57%
Abschreibungen (AfA)	-145.000 €	3%	-108.750 €	3%	-109.450 €	2%
Betriebliche Aufwendungen (inkl. Steuern)	-1.460.000 €	27%	-1.095.000 €	27%	-1.207.293 €	26%
Summe Aufwendungen	<u>-5.455.000 €</u>		<u>-4.091.250 €</u>		<u>-4.645.034 €</u>	
Betriebsergebnis	85.000 €		63.750 €		101.367 €	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-50.000 €		-37.500 €		-33.160 €	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>5.000 €</u>		<u>1.250 €</u>		<u>16.011 €</u>	
Geschäftsergebnis	<u>40.000 €</u>		<u>27.500 €</u>		<u>84.218 €</u>	

	Plan 2006		Plan 2.Q.06		Ist 2.Q.06	
Umsatzerlöse	2.500.000 €	45%	1.250.000 €	45%	1.354.124 €	42%
Sonstige betriebliche Erträge	3.040.000 €	55%	1.520.000 €	55%	1.881.181 €	58%
Summe Erträge	5.540.000 €		2.770.000 €		3.235.305 €	
Materialaufwand (inkl. Fremdleistungen)	-700.000 €	13%	-350.000 €	13%	-474.939 €	15%
Personalaufwand	-3.150.000 €	58%	-1.575.000 €	58%	-1.788.450 €	57%
Abschreibungen (AfA)	-145.000 €	3%	-72.500 €	3%	-68.470 €	2%
Betriebliche Aufwendungen (inkl. Steuern)	-1.460.000 €	27%	-730.000 €	27%	-809.181 €	26%
Summe Aufwendungen	-5.455.000 €		-2.727.500 €		-3.141.040 €	
Betriebsergebnis	85.000 €		42.500 €		94.265 €	
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	-50.000 €		-25.000 €		-22.275 €	
Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	5.000 €		1.250 €		9.408 €	
Geschäftsergebnis	40.000 €		18.750 €		81.398 €	

	Plan 2006		Plan 1.Q.06		Ist 1.Q.06	
Umsatzerlöse	2.500.000 €	45%	625.000 €	45%	743.418 €	45%
Sonstige betriebliche Erträge (Zuschüsse)	3.040.000 €	55%	760.000 €	55%	921.290 €	55%
Summe Erträge	5.540.000 €		1.385.000 €		1.664.708 €	
Materialaufwand (inkl. Fremdleistungen)	-700.000 €	13%	-175.000 €	13%	-248.181 €	15%
Personalaufwand	-3.150.000 €	58%	-787.500 €	58%	-901.854 €	56%
Abschreibungen (AfA)	-145.000 €	3%	-36.250 €	3%	-35.782 €	2%
Betriebliche Aufwendungen (inkl. Steuern)	-1.460.000 €	27%	-365.000 €	27%	-419.939 €	26%
Summe Aufwendungen	-5.455.000 €		-1.363.750 €		-1.605.756 €	
Betriebsergebnis	85.000 €		21.250 €		58.952 €	
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	-50.000 €		-12.500 €		-11.380 €	
Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	5.000 €		1.250 €		3.752 €	
Geschäftsergebnis	40.000 €		10.000 €		51.324 €	

Drucksache Nr.
Drucksache 69/2007

Mitteilungsvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	10 Fachbereichskoordination FB 1	10 Kr	10 FBL 2

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreisausschuss	2007-03-07 00:00:00		
Haupt-, Finanz- und Organisati- onsausschuss	2007-02-28 00:00:00	Zur Kenntnis genommen	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

3. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH

3. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH

1 INHALT DER MITTEILUNG

Der 3. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH wird zur Kenntnis genommen.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

Keine

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

Keine

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

Keine

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

Keine

2.5 Befristung der Regelung/en

Keine

3 BEGRÜNDUNG

Der Geschäftsführer der Lahn-Dill-Kliniken GmbH hat den 3. Quartalsbericht 2006 erstellt. Kreis Ausschuss und Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss werden gebeten, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

gez.

Wolfgang Hofmann

Erster Kreisbeigeordneter

Lahn-Dill-Kliniken – III. Quartalsbericht per 30.09.2006

Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01.01. - 30.09.2006

1. Erlöse aus Krankenhausleistungen		
a. Erlöse aus DRG	63.481.873 €	
b. Erlöse aus Zusatzentgelten	765.633 €	
c. Erlöse aus teilst. Tagessätzen	831.372 €	
d. Vorst./Nachstat. Untersuchungen	<u>81.619 €</u>	65.180.296 €
2. Erlöse aus Wahlleistungen	978.801 €	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen	686.558 €	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.920.834 €	
5. Sonstige betriebliche Erträge	<u>8.360.031 €</u>	
		11.946.224 €
6. Personalaufwand	-49.235.289 €	
		-49.235.289 €
7. Materialaufwand		
a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	-17.076.875 €	
b. Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-4.609.153 €</u>	
		-21.686.028 €
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.835.715 €	
9. Zinserträge	159.213 €	
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-178.383 €	
Abschreibung Eigenmittel	-239.769 €	-6.094.654 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		110.550 €
12. Steuern	-21.693 €	-21.693 €
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag(-)		<u>88.856 €</u>

Drucksache Nr.
Drucksache 70/2007

Mitteilungsvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	10 Fachbereichskoordination FB 1	10 Kr	10 FBL 2

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreisausschuss	2007-03-07 00:00:00		
Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss	2007-02-28 00:00:00	Zur Kenntnis genommen	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

4. Quartalsbericht der Lahn-Dill-Kliniken GmbH

4. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH

1 INHALT DER MITTEILUNG

Der 4. Quartalsbericht 2006 der Lahn-Dill-Kliniken GmbH wird zur Kenntnis genommen.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

Keine

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

Keine

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

Keine

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

Keine

2.5 Befristung der Regelung/en

Keine

3 BEGRÜNDUNG

Der Geschäftsführer der Lahn-Dill-Kliniken GmbH hat den 4. Quartalsbericht 2006 als vorläufigen Jahresabschluss erstellt. Kreisausschuss und Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss werden gebeten, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

gez.

Wolfgang Hofmann

Erster Kreisbeigeordneter

Lahn-Dill-Kliniken GmbH

	Vorläufiges Ergebnis 2006			
	DKL	in T€ KWB		Gesamt
Umsatzerlöse	26.184	71.559	97.743	88%
Sonstige betriebliche Erträge	1.319	12.191	13.511	12%
Summe Erträge	27.503	83.751	111.254	100%
Personalaufwand	-17.733	-49.357	-67.090	60%
Materialaufwand inkl. Fremdleistungen	-9.498	-23.942	-33.441	30%
SOPQ/Eigenmittelförderung/Abschreibungen	-121	-413	-535	0%
Sonstige betriebliche Aufwendungen incl. Steuern	-31	-9.898	-9.929	9%
Summe Aufwendungen	-27.384	-83.610	-110.994	100%
Betriebsergebnis	119	141	260	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	45	181	227	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-66	-230	-296	
Geschäftsergebnis	99	92	191	

Planansatz 2006				Rechnungsergebnis 2005			
in T€				in T€			
DKL	KWB	Gesamt		DKL	KWB	Gesamt	
25.516	68.650	94.166	91%	25.761	68.520	94.281	89%
701	8.759	9.460	9%	1.124	10.933	12.057	11%
26.217	77.409	103.626	100%	26.885	79.453	106.338	100%
-19.269	-50.006	-69.275	67%	-18.485	-49.787	-68.272	64%
-5.025	-20.488	-25.513	25%	-5.248	-21.617	-26.865	25%
-83	-610	-693	1%	-101	-260	-361	0%
-1.767	-6.029	-7.796	8%	-2.608	-7.997	-10.605	10%
-26.144	-77.133	-103.277	100%	-26.442	-79.661	-106.103	100%
73	276	349		443	-208	235	
25	100	125		26	167	193	
-78	-346	-424		-82	-262	-344	
20	30	50		387	-303	84	

,Drucksache Nr.
Drucksache 59/2007

Mitteilungsvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	12.3 Kostenrechnung, Zentrales Controlling	12.3/12.0 - ch/dk	FBL 1, FBL 2, FBL 3, FBL 4, 10, 12, 12.2, 12.3, 14, 15.1

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreisausschuss	2007-02-21 00:00:00		
Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss	2007-02-28 00:00:00		
Kreistag	2007-03-05 00:00:00	zur Kenntnis genommen	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

1. geheftet

Entwurf Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan;

hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden

1 INHALT DER MITTEILUNG

Der als **Anlage** beigefügte Bericht zum Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises zum Entwurf des Haushaltsplans 2007 vom 13.02.2007 wird zur Kenntnis genommen.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

Keine

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

Keine

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

Keine

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

Keine

2.5 Befristung der Regelung/en

Entfällt

3 BEGRÜNDUNG

Nach § 20 HKO haben Kreistag und Kreisausschuss den Gemeindevorständen kreisangehöriger Gemeinden, die durch Maßnahmen des Landkreises besonders berührt werden, vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Erweitert und konkretisiert wird diese Verpflichtung durch Ziff. 10 der vom Hessischen Innenminister festgelegten und an die Aufsichtsbehörden adressierten „Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden“ (StAnz. 34/2005, S. 3261). Danach ist künftig „... bei defizitären Kreishaushalten (...) den Kreisen ein Anhörungsverfahren der Kommunen zwingend aufzugeben. Vor Beratung und Beschlussfassung der Kreishaushalte im Kreistag ist diesem das Ergebnis der Anhörung mitzuteilen.“

Mit Schreiben vom 15.01.2007 hat die Verwaltung allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden den vom Kreisausschuss am 10.01.2007 festgestellten Entwurf der Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan sowie den Entwürfen des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2006 – 2010 und des Haushaltssicherungskonzepts 2007 übersandt und ihnen die Möglichkeit gegeben, hierzu Stellung zu nehmen.

Das Ergebnis der Anhörung sowie eine dazu abgegebene Erwiderung der Verwaltung ist dem als **Anlage** beigefügten Bericht zu entnehmen.

Nach der bezeichneten Leitlinie sind die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden dem Kreistag vor der Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung vorzulegen.

gez.

Wolfgang Schuster
Landrat

Ergebnis der Anhörung

**der Städte und Gemeinden des
Lahn-Dill-Kreises zum Entwurf des
Haushaltsplans 2007 des
Lahn-Dill-Kreises**

mit Stellungnahme der Verwaltung

Stand: 13.02.2007



Berichterstatter:

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Abteilung Finanz- und Rechnungswesen (12)

1. Einleitung

Nach § 20 HKO haben Kreistag und Kreisausschuss den Gemeindevorständen kreisangehöriger Gemeinden, die durch Maßnahmen des Landkreises besonders berührt werden, vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Erweitert und konkretisiert wird diese Verpflichtung durch die Ziffer 10 der vom Hessischen Innenminister festgelegten und an die Aufsichtsbehörden adressierten Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden (StAnz. 34/2005, S. 3261). Danach ist künftig „... bei defizitären Kreishaushalten (...) den Kreisen ein Anhörungsverfahren der Kommunen zwingend aufzugeben. Vor Beratung und Beschlussfassung der Kreishaushalte im Kreistag ist diesem das Ergebnis der Anhörung mitzuteilen.“

Mit Schreiben vom 15.01.2007 hat die Verwaltung allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden den vom Kreisausschuss am 10.01.2007 festgestellten Entwurf der Haushaltsatzung 2007 mit Haushaltsplan zur Stellungnahme übersandt.

Mit dem Haushaltsplan wurden den Städten und Gemeinden ferner die vom Kreisausschuss ebenfalls am 10.01.2007 beschlossenen Entwürfe des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2006 bis 2010 und des Haushaltssicherungskonzepts – Fortschreibung 2007 - zur Unterrichtung zugeleitet.

2. Ergebnis der Anhörung

Die innerhalb der erbetenen Antwortfrist - 09.02.2007 - eingegangenen Stellungnahmen der Städte und Gemeinden sind diesem Bericht als **Anlage** beigefügt. Eingegangen ist lediglich eine Stellungnahme der Stadt Aßlar.

Im Unterschied zum Anhörungsverfahren beim letztjährigen Haushalt wurde zum Haushaltsentwurf 2007 keine gemeinsame Stellungnahme seitens der Kreisversammlung Lahn-Dill des Hessischen Städte- und Gemeindebundes (HSGB) abgegeben.

3. Wesentliche Positionen der Gemeinden und Erwiderungen der Verwaltung

Zu den einzelnen Punkten der Stellungnahme der Stadt Aßlar ist aus Sicht der Verwaltung folgendes anzumerken:

Zu 1. Allgemeine Entwicklung der Haushaltssituation und der Kassenkredite

Der Stadt Aßlar ist zuzustimmen, dass sowohl das planmäßige Defizit des Haushaltsjahres 2007 als auch die derzeit erkennbare mittelfristige Entwicklung immer noch be-

sorgniserregend sind. Auch wenn es möglich war, den Fehlbedarf gegenüber dem Planergebnis des Vorjahres um rund 7,5 Mio. € zu senken, und die wirtschaftliche Erholung zumindest für 2008 sich grundsätzlich fortsetzen und stabilisieren dürfte, kann dies noch nicht als Entspannung der wirtschaftlichen Situation gewertet werden.

Allerdings enthält sich die Stadt ABlar eines konkreten Vorschlags, wie die wirtschaftliche Misere des Landkreises soweit wieder in den Griff zu bekommen ist, dass eine Finanzierung des *laufenden* Zahlungsmittelbedarfs aus Kassenkrediten nicht mehr erforderlich ist.

Dieses würde zunächst voraussetzen, dass das (zahlungswirksame) Jahresergebnis so hoch ausfällt, dass hieraus die ordentliche Tilgung von Krediten bedient werden kann. Eine solche Verbesserung, die für 2007 dann voraussichtlich rund 24 Mio. € betragen müsste, kann nur schrittweise und durch massive und nachhaltige Kostensenkungen und/oder Erlösverbesserungen erreicht werden.

Zusätzlich müsste durch Zahlungsmittelüberschüsse des lfd. Ergebnisses in den künftigen Perioden auch der *bisher aufgelaufene* und in der Bilanz ausgewiesenen Bestand an kurzfristigen Verbindlichkeiten zurückgeführt bzw. getilgt werden.

Für eine Konsolidierung der Kreisfinanzen in diesem Umfang sind derzeit keine Potenziale ersichtlich und von der Stadt ABlar auch nicht benannt worden.

Bei Beibehaltung des Status quo hinsichtlich der dem Kreis obliegenden Aufgaben und des daraus folgenden Ressourcenabflusses einerseits und der derzeitigen Finanzierungsstruktur des Kreises andererseits würde auch eine neue Planung keine anderen Ergebnisse zeitigen.

Über die Genehmigungsfähigkeit des Kreishaushalts muss die Aufsichtsbehörde befinden.

Zu 2. Verteilungseffekte im KFA 2007; keine ordnungsmäßige Finanzierung

Von der Stadt ABlar wird beanstandet, dass beim Lahn-Dill-Kreis trotz der Verbesserungen im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2007 bei Kreis- und Schulumlage und Schlüsselzuweisungen sowie der LWV- und Krankenhausumlage gegenüber den für das Jahr 2006 geltenden Grundlagen in Höhe von rund 20,7 Mio. € sich per Saldo nur rund 7,5 Mio. € ergebnisverbessernd niederschlagen.

Wesentliche Mehrbelastungen, die dem positiven Trend zuwiderlaufen, sind:

	Konten- gruppe	Mio. €
Verlust bei besonderen Finanzaufwendungen (KFA)	59	1,6
Mehraufwand im Bereich Sach- und Dienstleistungen	60/61	4,1
<i>davon:</i>		
<i>Kommunaler Finanzierungsanteil ARGE</i>		<i>1,6 Mio. €</i>
<i>Energiekosten Schulen</i>		<i>1,5 Mio. €</i>
<i>bauliche Instandhaltung Schulen</i>		<i>0,4 Mio. €</i>

		Konten- gruppe	Mio. €
<i>Beratungsleistungen für PPP-Projekt</i>	<i>0,3 Mio. €</i>		
<i>Projekt "Organisationsuntersuchung"</i>	<i>0,3 Mio. €</i>		
Mehraufwand bei Zuweisungen und Zuschüssen		79	3,4
<i>davon Aufwendungen für Hochwasserhilfe</i>	<i>3,1 Mio. €</i>		
Mehraufwand Transferleistungen		78	8,8
<i>davon:</i>			
<i>Abt. 31 (Bildung und Liegenschaften)</i>	<i>0,3 Mio. €</i> ,		
<i>Abt. 32 (Kinder- und Jugendhilfe):</i>	<i>2,0 Mio. €</i>		
<i>Abt. 41 (Soziales und Integration):</i>	<i>6,5 Mio. €</i>		
Summe			17,9

Dass der eindeutig größte Anteil der Verbesserungen im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2007 für den Landkreis auf die erheblich gestiegenen Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zurückzuführen ist, ist unbestritten. Gleichzeitig sei allerdings darauf hingewiesen, dass die Städte und Gemeinden aufgrund der ganz überwiegend kräftig angestiegenen Steuereinnahmen auch eine höhere Steuerkraft haben.

Zudem profitieren die Städte und Gemeinden über ihren Anteilsatz an der Schlüsselmasse des KFA's am stärksten von den in den Steuerverbund fließenden Steuerzuwächsen des Landes. Dass einzelne Städte und Gemeinden, so auch die Stadt Aßlar, für 2007 gegenüber dem Vorjahr dennoch nur geringe oder gar gesunkene Schlüsselzuweisungen erhalten werden, ist dann wiederum nach der Systematik des KFA auch auf die erhebliche gestiegene Steuerkraft der betroffenen Kommunen zurückzuführen.

Den Zuwächsen des Landkreises aus Umlagen und Schlüsselzuweisungen stehen allerdings auch Einnahmeverluste durch die Umschichtung von Mitteln des Sozialhilfelausgleichs und des kompletten Ansatzes der Zuweisung für überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit zu Gunsten der neuen Zuweisung zur Freistellung von Kindergartenbeiträgen und zum Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren („Bambini-Programm“) gegenüber. Beide Zuweisungen erfolgen damit überwiegend aus den Mitteln, die hauptsächlich den Landkreisen entzogen wurden. Dabei haben diese noch nicht einmal die Einnahmeausfälle verkraftet, die in Folge der Änderungen im KFA der Jahre 2005 und 2006 eingetreten sind: Die Kürzungen des Sozialhilfelausgleichs, des Arbeitslosenansatzes und der Schlüsselzuweisungen in Höhe von zusammen 92 Mio. € gingen mit rund 52,5 Mio. € überproportional zu ihren Lasten.

Durch die Aufstockung der Schulbaupauschale und der allgemeinen Investitionspauschale fließen den Kreisen in 2007 zwar wieder annähernd die Mittel zu, die ihnen für die beiden neuen Bedarfszuweisungen verloren gingen. Allerdings wirken diese sich teilweise bzw. ausschließlich auf die Investitionsfinanzierung aus, mithin wirken sie auf das laufende Ergebnis nur indirekt (über den verminderten Zinsaufwand) und zeitversetzt entlastend.

Die auch durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen eingetretene Stärkung der Ertragssituation der Landkreise war deshalb ein längst fälliger Schritt, damit einem weiteren Anwachsen der dramatisch aufgelaufenen Fehlbeträge entgegengewirkt werden kann. Erst wenn noch weitere durchgreifende Verbesserungen durch den Abbau von kosten-trächtigen Leistungen und Standards eintreten, besteht eine Chance, dass die Landkreise ihre Haushalte ausgleichen und ihre Aufgaben nicht mehr über Kassenkredite finanzieren

müssen. Diese Verbesserung liegt auch und gerade im Interesse der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die die Finanzlasten der Kreise letztlich weitgehend zu tragen haben.

Der Umstand, dass von den Verbesserungen des Finanzausgleichs 2007 nur ein kleinerer Teil effektiv ankommt, ist im Übrigen kein isoliertes Problem des Lahn-Dill-Kreises, sondern nach derzeitigem Erkenntnisstand der Verwaltung auch bei anderen Landkreisen (z. B. Landkreis Gießen) der Fall.

Zu 3. Keine Erhöhung des Kreisumlage-Hebesatzes aus sonstigen Gründen

Die im Entwurf des Kreishaushalts 2007 vorgesehene Anhebung des Hebesatzes der Kreisumlage um 0,25 v. H., die zur teilweisen Deckung des immer noch zu erwartenden Jahresfehlbedarfs von über 22 Mio. € vorgesehen ist, hält der Kreisausschuss für angemessen und erforderlich.

Der von der Stadt ABlar zitierte Erlass des Hessischen Innenministeriums (HMdluS) vom 27.10.2006 ist nur so zu interpretieren, dass die Aufsichtsbehörden mit Rücksicht auf die erheblich gestiegenen Umlagegrundlagen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens dem Landkreis keine Erhöhung des Hebesatzes auferlegen dürfen. Die Kreise sind aber, dies wurde von der Kommunalabteilung des HMdluS zuletzt am 14.12.2006 im Rahmen der Sitzung des Finanzausschusses des Hessischen Landkreistages mündlich erläutert, hierdurch nicht gehindert, im Rahmen der Haushaltsplanung nach pflichtgemäßem Ermessen selbst zu entscheiden, ob eine Erhöhung des Kreisumlage-Hebesatzes erforderlich ist. Bei der Entscheidung muss u. a. auch die Höhe des verbleibenden Defizits berücksichtigt werden.

Zu 4. Unzulässigkeit der mittelfristige Planung

Die in der mittelfristigen Ergebnis – und Finanzierungsplanung (Anlage 6.4.2 zum Haushaltsplan, Seite 6-55) dargestellte Erhöhung bezieht sich nur auf das in der Mittelfristplanung vorgesehene Wachstum der Kreisumlagegrundlagen. Gegenüber den in den Orientierungsdaten empfohlenen Steigerungsraten – von 2008 bis 2010 insgesamt 10,5 % - wurde unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und einer vorsichtigeren Erwartung der Steuerentwicklung nur ein Wachstum von insgesamt 6,5 % unterstellt.

Eine Veränderung des Hebesatzes der Kreisumlage ist in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzierungsplanung nicht vorgesehen.

Entgegen der Darstellung der Stadt ABlar ergibt sich aus der Landesverfassung nach Auffassung des Kreises keine dezidierte Schranke für die Hebesätze der Kreisumlage, deren Überschreitung eine unzulässige Verletzung der Finanzkraftgarantie der Städte und Gemeinden darstellen würde.

Mithin ist auch keine Rechtsverletzung bei der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2006 bis 2010 erkennbar.

Zu 5. Haushaltssicherungskonzept nicht ausreichend, freiwillige Leistungen

Im Entwurf der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts für das Jahr 2007 sind die aus Sicht des Kreisausschusses nach derzeitigem Erkenntnisstand und der politischen Willensbildung machbaren Konsolidierungspotenziale dargestellt. Es liegt nunmehr am Kreistag als Souverän, dieses Konzept zu diskutieren, zu verändern oder es um entsprechende Prüfungsaufträge an den Kreisausschuss zu ergänzen.

Die Kritik der Stadt Aßlar, bei den Personalkosten werde entgegen der Aufforderung des Regierungspräsidiums von Steigerungen ausgegangen, trifft nicht zu. Die im Gesamtergebnishaushalt ausgewiesenen Personalaufwendungen liegen mit 31.728.192 € um knapp 138 T€ unter dem Planwert für das Jahr 2006. Dass trotz Tarifsteigerungen und Besoldungserhöhungen die Kosten rückläufig sind, ist vor allem auf die seit Jahren erfolgte Reduzierung der Planstellen um 2 % und der tatsächlich besetzten Stellen um 1 % (jeweils gegenüber dem Vorjahr) zurückzuführen. Entsprechende Vorgaben des RP in den Haushaltsgenehmigungen seit 2004 wurden und werden bislang durch den Landkreis erfüllt. Allerdings ist – bei unveränderten Aufgaben/Leistungen - die Grenze der verantwortbaren Kürzungsmöglichkeiten im Personalbereich erreicht.

Die vom Lahn-Dill-Kreis wahrgenommenen sog. freiwilligen Aufgaben sind, der Auflage Nr. 7 zur Haushaltsgenehmigung für 2006 folgend, in den einzelnen Teilhaushalten (Kap. 5.3) nach Produkten gegliedert und einzeln mit Beträgen aufgeführt. Eine Zusammenstellung dieser Leistungen wird der Stadt Aßlar wunschgemäß zugeleitet.

allgemein Missachtung des Konnexitätsprinzips auf Kreisebene

Sofern nach Auffassung der Stadt Aßlar in sinngemäßer Anwendung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung (Art. 137 Abs. 6 HV) der Landkreis eine „Bestellerfunktion“ hat, trifft dies so nicht zu. Die weitaus überwiegenden Aufgaben des Landkreises sind gesetzlich definiert, es besteht also, von den geringfügigen freiwilligen Leistungen abgesehen, keine Entscheidungshoheit seitens der Kreisgremien. Ferner sind die Städte und Gemeinden zwar die überwiegenden, nicht aber die alleinigen Finanziers des Kreises.

Wetzlar, den 13.02.2007

Im Auftrag:



Kröckel

Anlage

Schreiben des Magistrates der Stadt Aßlar vom 07.02.2007



An den
Kreisausschuss des
Lahn-Dill-Kreis
Abtlg. Finanz- und Rechnungswesen
Postfach 1940
35573 Wetzlar

1. C1 + 15.01.07
2. Cuf 12.3.

06.02.07

07. Februar 2007

Zusammenarbeit zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden gem. § 20 HKO; Anhörung zum Haushaltsentwurf

Sehr geehrte Damen und Herren.

in der vorbezeichneten Angelegenheit bedanken wir uns für den mit Schreiben 15. 01. 2007 versandten Haushaltsplanentwurf.

Der Magistrat der Stadt Aßlar hat in seiner Sitzung vom 05.02.2007 beschlossen, hierzu wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Bei einem Gesamtvolumen von rd. 229 Mio. € endet der vorgelegte Haushaltsplanentwurf mit einem geplanten Defizit von rd. 23 Mio. €, diese Summe soll aus Kassenkrediten finanziert werden.

Wie diese Kredite, die seit 2002 ständig anwachsen und die sich ausweislich der Planung des Kreises bis zum Jahr 2010 auf rd. 200 Mio. € häufen werden, jemals zurück gezahlt werden können, ist nicht ersichtlich.

Der Haushaltsplanentwurf endet mithin mit einer Finanzierungslücke von mehr als 10 % des laufenden Finanzbedarfs, die ihrerseits nicht seriös finanziert werden kann.

Eine solche Lücke in einem gemeindlichen Haushalt würde dazu führen, dass die Finanzaufsicht des Kreises diesen Haushalt nicht genehmigen würde.

Wenn für die Städte und Gemeinden die selben Regeln wie für den Kreis gelten, kann der vorgelegte Haushaltsplan nicht genehmigungsfähig sein.

2. Auf Grund geänderten kommunalen Finanzausgleichs hat der Lahn-Dill-Kreis im Jahre 2007 gegenüber dem Jahre 2006 bei der Summe der Kreis- und Schulumlage rd. 14 Mio. € und bei den Kreisschlüsselzuweisungen rd. 4,3 Mio. € Mehreinnahmen.

Gleichzeitig erfolgt eine Entlastung bei den LWV- und Krankenhausumlagen um annähernd 2,4 Mio. €, so dass insgesamt rd. 20,7 Mio. € als Verbesserung erscheinen.

Rd. 90 % dieser Verbesserung haben die Städte und Gemeinden getragen.

Ungeachtet dessen ist der Kreis nicht in der Lage, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen.

Im Gegenteil: Unter Berücksichtigung aller Aufwendungen bleiben von der von den Gemeinden und Städten aufgebrauchten Summe lediglich 7,5 Mio. € "übrig".

Wenn selbst nach der zitierten Änderung des kommunalen Finanzausgleichs und in einem konjunkturellen Hoch, d. h. bei außergewöhnlich hohen Steuereinnahmen die Mittel nicht ausreichen, kann nicht von einer ordnungsgemäßen Finanzplanung ausgegangen werden.

3. Die vorgesehene weitere Erhöhung der Kreisumlage um 0,25 % ist abzulehnen.
Alleine die Änderung der Kreisumlagegrundlage durch das Land Hessen haben zu einer faktischen Erhöhung von mehr als 2,7 %Punkten geführt.

Nach unserem Erkenntnisstand sind die Regierungspräsidenten bereits mit Erlass des Innenministers vom 27.10.2006 angewiesen worden, vor dem o. a. Hintergrund für das Haushaltsjahr 2007 keine weiteren Erhöhungen einzufordern.

Ungeachtet dessen wird im Vorbericht des Haushaltsplanes auf die vor der Änderung des kommunalen Finanzausgleichs und vor dem zitierten Erlass erfolgte Verfügung des Regierungspräsidenten hingewiesen.

4. Bemerkenswert erscheint, dass der Lahn-Dill-Kreis in seiner mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung von 2006 bis 2010 davon ausgeht, auch in den kommenden Jahren neue Kassenkredite in insgesamt dreistelliger Millionenhöhe aufnehmen zu wollen.

Die gleichzeitig geplante Steigerung der Kreisumlagen von 2008 bis 2010 um insgesamt 6,5 %Punkte ist nach bisherigen Aussagen des für den Lahn-Dill-Kreis zuständigen Regierungspräsidenten unzulässig, da sie gegen die in der Landesverfassung verankerte

Finanzgarantie der Kommunen – hier der Städte und Gemeinden – verstößt. Die mittelfristige Finanzplanung dürfte danach ebenfalls unzulässig sein.

5. Der vorgelegte Entwurf zum Haushaltssicherungskonzept des Lahn-Dill-Kreises enthält keine ausreichenden Aussagen.

Offensichtlich ist es dem Kreis auch nicht gelungen, die Auflagen des Regierungspräsidiums für das Haushaltsjahr 2006 hinsichtlich der Einsparung von 3 Mio. € (dies entspricht rund 1,35 % des HH-Volumens) zu erfüllen.

Wie zukünftig effektiv eingespart werden soll, wird nicht deutlich. Entgegen aller Ankündigungen und Aufforderungen des RP wird dem gegenüber von steigenden Personalkosten ausgegangen.

Wirklich ernstgemeinte Sparbemühungen, wie sie von Städten und Gemeinden Tag täglich verlangt werden, vermögen wir in der Planung des Lahn-Dill-Kreises nicht zu erkennen.

Für die Städte und Gemeinden, die schließlich die Zeche zu zahlen haben werden, dürfte aber entscheidend sein, welche Einsparpotentiale seitens des Kreises bestehen; mit anderen Worten, welche freiwilligen Leistungen durch den Kreis zur Zeit noch übernommen werden.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns eine entsprechende Auflistung nachreichen könnten.

Zusammenfassend ist anzumerken, dass der vorgelegte Haushaltsplanentwurf – wenn er von einer Stadt oder Gemeinde im Kreisgebiet stammen würde – von der Finanzaufsicht des Kreises nicht genehmigt würde, da er den Anforderungen des geltenden Haushaltsrechts nicht genügt.

Und dies zu recht, denn seit 2002 schnappt (auch) über dem Lahn-Dill-Kreis eine wahre Schuldenfalle mit Macht zusammen.

Bei allem Verständnis für die finanziellen Nöte nahezu aller Landkreise in Hessen sehen wir uns doch genötigt, als eine der Städte und Gemeinden, die einen Löwenanteil der Kosten zu schultern haben, eine Haushaltsplanung unseres Landkreises einzufordern, die realistisch und zugleich finanzierbar erscheint.

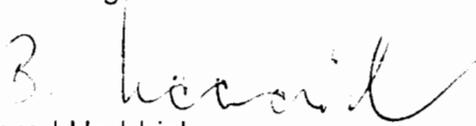
Diesen Anforderungen genügt der vorgelegte Entwurf u. E. nicht.

Erst unlängst hat Herr Landrat Schuster unter Bezugnahme auf das Konnexitätsprinzip des Landes erklärt, dass auch im Kreis der Satz "wer bestellt, bezahlt" gelten müsse.

Wir begrüßen und unterstützen diese Einstellung, stellen aber fest, dass der vorgelegte Planentwurf diesen Anforderungen nicht genügt, denn Besteller ist allein der Landkreis, zahlen sollen allein Städte und Gemeinden und damit die Bürgerinnen und Bürger.

Wir möchten daher die zuständigen Gremien des Lahn Dill Kreises bitten, vor dem dargelegten Hintergrund eine grundlegende Überarbeitung des Haushaltsplanes vorzunehmen.

Mit freundlichem Gruß
im Auftrag:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Heddrich', written in a cursive style.

Bernd Heddrich
Magistratsoberrat

Drucksache
Nr.

Drucksache 47/2007

Beschlussvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	12.1 Finanzdisposition	12.1 bs/dk	12, 12.1,12.2,12.3,12.3,14,

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreisausschuss	2007-02-07 00:00:00		
Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss	2007-02-28 00:00:00		
Kreistag	2007-03-05 00:00:00	zugestimmt	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

Verfügung RP Gießen vom 5. September 2006
Stellungnahme RP Gießen per E-Mail vom 8.12.2006

Kreditvertragliche Fixierung eines weiteren Kassenkredites als Kommunalkredit über insgesamt 30 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren und Grundsatzbeschluss über weitere Absicherung bestehender Kassenkredite

1 BESCHLUSS

- Der Kreistag genehmigt die Aufnahme folgender Kassenkredite als Kommunalkredite jeweils mit einer Laufzeit von 5 Jahren:
Vertrag vom 14. 11. 2006 über **17 Mio. €** zu einem Festzinssatz von 3,809 %,
Vertrag vom 29. 11. 2006 über **13 Mio. €** zu einem Festzinssatz von 3,789 %.
- Der Kreistag ermächtigt den Kreisausschuss, weitere Beträge bis zur Höhe der in der Haushaltssatzung genehmigten Höchstbeträge der Kassenkredite als Basisliquidität

liquiditäts- und zins zusichern, soweit die Vertragslaufzeit über das laufende Haushaltsjahr hinausgeht und die Aufsichtsbehörde keine Einwände erhebt.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

zu a) keine

zu b) keine Absicherung und damit Risiko, dass die Liquidität gefährdet ist und erhöhte Zinsen anfallen.

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

s. Begründung

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

keine

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

keine

2.5 Befristung der Regelung/en

keine

3 BEGRÜNDUNG

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 09.11.2006 (Drucksache 296/2006) folgenden Beschluss einstimmig gefasst:

„Der Kreisausschuss stimmt zu und ermächtigt den Landrat, zur Sicherung der Basisliquidität und Erlangung einer Zinssicherung einen weiteren Anteil der derzeit valutierenden Kassenkredite von bis zu 30 Mio. € als Kommunalkredit mit einer Laufzeit von bis zu 5 Jahren aufgrund vorausgegangener Ausschreibung gem. der Vergaberichtlinien des Lahn-Dill-Kreises aufzunehmen. Liquiditäts- und Zinssicherung können getrennt erfolgen.“

Die Entscheidung erfolgte zur Sicherstellung der laufenden Zahlungsfähigkeit des Kreises gem. § 114m Abs. 1 HGO.

Die Drucksache 296/2006 wurde vom Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss in der Sitzung am 05.12.2006 und vom Kreistag in der Sitzung am 11.12.2006 zur Kenntnis genommen. Für die Festschreibung eines mittelfristig bestehenden Sockelbetrages an Kassenkrediten, die zur Liquiditäts- und Zinssicherung über das jeweilige Haushaltsjahr hinweg erfolgt, ist auch nach Auffassung der Aufsichtsbehörde ein Kreistagsbeschluss rechtlich nicht erforderlich (vgl. hierzu die in der Kreistagsitzung am 11.12.2006 verteilte Stellungnahme des Regierungspräsidiums Gießen vom 08.12.2006).

Durch Herrn Landrat Schuster wurde in der Sitzung des Kreistages am 11.12.2006 im Interesse eines breiten Konsenses dennoch eine Beschlussvorlage für den Kreistag angekündigt, die hiermit vorgelegt wird.

Aufgrund der Beschlussfassung des Kreisausschusses vom 09.11.2006 wurde in zwei kurz aufeinander folgenden Zeitabständen die Ausschreibung vorgenommen, da sich der 5-Jahres-Festzinssatz auf einem sehr niedrigen Niveau bewegte und der 1-Monats-Euribor täglich anstieg, und die Prognosen zu diesem Zeitpunkt dahingingen, dass sowohl der 1-Monats-Euribor als auch der Festzinssatz ansteigen. Dies hat sich bestätigt. So sind in der Zeit vom 15.11.2006 bis zum 30.01.2007

- der 1-Monats-Euribor von 3,38 % auf 3,61 % und
- der 5-Jahres-Zinssatz von 3,84 % auf 4,22 % angestiegen.

Nach den jüngsten Verlautbarungen der EZB und der Einschätzung vieler Marktteilnehmer ist damit zu rechnen, dass die EZB im Februar, spätestens aber im März 2007 den Leitzins erneut von 3,50 % auf 3,75 % erhöhen wird. Das bedeutet, dass sich der 1-Monats-Euribor dann zwischen 3,85 % und 3,90 % bewegen wird. Da die Geschäfte aufgrund des KA-Beschlusses bereits rechtsverbindlich unterzeichnet sind, ist eine Grundsatzbeschlussfassung – analog KA-Beschluss vom 09.11.2006 – für die im Beschlussvorschlag dargestellten Verträge nicht mehr möglich, sondern die Geschäfte sind zu genehmigen.

Bezüglich der Festlegung der Laufzeiten für die Absicherung der Basisliquidität wurde die mittel- und langfristige Finanzplanung zugrunde gelegt.

zu b) des Beschlussvorschlages

Sowohl der Geldmarktzins (variabel/Euribor) als auch der Kapitalmarktzins (Festzins) sind sehr schwankend. Um die Niedrigzinsphasen, die seit Einführung des Kreditportfoliomanagements oft nur 1 Woche anhielten, zur Zinsersparnis über einen längeren Zeitraum nutzen zu können, ist dieser Grundsatzbeschluss geboten. Bei der Festlegung der Laufzeiten wird die mittelfristige- und langfristige Finanzplan und die Zinskurve mit berücksichtigt.

Die kreditvertragliche Bindung von weiteren Kassenkredittranchen über die Jahresfrist hinaus ist Voraussetzung dafür, eine längerfristige Zinssicherung über Finanzderivate einsetzen zu können. Ferner ist – je nach Marktlage – nur dann eine alternative Zinsfestschreibung im Kapitalmarktbereich (Festzinsdarlehen) möglich.

Die mittel- bis langfristige Fixierung von Kassenkrediten kommt naturgemäß nur dann und insoweit in Betracht, als es sich hierbei nach einer sachgerechten Prognose aufgrund der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung um einen ergänzenden Sockelliquiditätsbedarf (Basisliquidität) handelt.

Ob dies der Fall ist und welche Bindung bzw. Absicherung konkret erfolgt, wird durch den vom Kreisausschuss eingesetzten Kreditportfoliobeirat diskutiert und einvernehmlich festgelegt. Er bestimmt dann auch den Rahmen für den Einsatz von Zinssteuerungsinstrumenten (Derivate). Die endgültige Entscheidung wird dann durch die Verwaltung oder, soweit gesetzlich erforderlich, durch den Kreisausschuss getroffen.

gez.

Wolfgang Schuster
Landrat



Kreisausschuss
des Lahn-Dill-Kreises
Eing.: 08. SEP. 2006
Abt.: Az.: *12/19*

E112
3. Sep. 2006
14.5

Regierungspräsidium Gießen, Postfach 100851, 35338 Gießen

Kreisausschuss
des Lahn-Dill-Kreises
Postfach 1940

35573 Wetzlar

1. 1. 14.5
2. C(12.0) / sel. 90
3. 12.1, Fax Stoff
Wird die Kreis-
vertr. Bildung
den RP nicht
anpeilt?

Aktenzeichen
II 21 - 33 f 02 (03) 2006
Bearbeiter/in Herr Winter
Durchwahl 0641. 303-2226
Fax 0641. 303-2203
E-Mail R.Winter@rpgi.hessen.de
Ihr Zeichen 12.1 - bst/dk
Ihre Nachricht 25.07.2006
Datum *5. Sep* ~~August 2006~~

1. Ho. LR
2. Ho. AL 12

Hoppe KA evl
12.9./8

Kommunale Finanzaufsicht

hier: Absicherung des Zinsrisikos bei Kassenkrediten

Bericht vom 25.07.2006 – Az.: 12.01 – bst/dk
Verfügung vom 12.12.2005 – Az.: II 21 – 33 f 02 (03) 2005
Bericht vom 07.11.2005 – Az.: Ih/Vo

Mit o. g. Bezugsverfügung vom 12.12.2005 hatte ich mitgeteilt, dass ich aufsichtsrechtlich keine Bedenken habe einen Betrag von bis zu 50 Millionen Euro kreditvertraglich für einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren zu binden wenn folgende Kriterien beachtet werden:

1. Der Gesamtbetrag der in mittel- oder längerfristige Darlehen umgewandelte Kassenkredite muss Teil eines Kreditsockels sein, der auch vorübergehend, z. B. durch außerordentliche Einnahmen wie Vermögensveräußerungen, nicht zurückgeführt werden kann. Insoweit sollte eine Laufzeitstafelung in die Prüfung einbezogen werden.
2. Der Gesamtbetrag der umgewandelten Kassenkredite ist weiterhin auf den Kassenkreditrahmen anzurechnen.
3. Die längerfristige Zinsbindung muss wirtschaftlich vertretbar sein, insoweit ist auch der Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten zu prüfen.
4. Der Abschluss der Geschäfte ist mir anzuzeigen.

Offensichtlich wurden bislang keine Geschäfte geschlossen, die mir nach Nr. 4 anzuzeigen gewesen wären.

Ich sehe aufsichtsbehördlich dann keine Bedenken, den Rahmen des umzuwandelnden Kassenkreditrahmens von 50 Mio. € auf bis zu 80 Mio. € auszuweiten, wenn die o. g. Kriterien eingehalten werden.

Beim Abschluss derivater Finanzprodukte ist darauf zu achten, dass das allgemeine Spekulationsverbot beachtet wird.

Ich gehe davon aus, dass mit der nun erfolgten Anhebung des Rahmens der Kassenkredite, deren Umwandlung in mittel- oder längerfristige Darlehen aufsichtsbehördlich unbedenklich erscheint, zumindest solange kein weiterer Handlungsbedarf besteht, solange der eröffnete Handlungsrahmen nicht durch den Abschluss entsprechender Geschäfte ausgeschöpft wurde.

Im Auftrag



Burk